

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 16 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 908.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzeilige Zeile oder deren Raum 4,00 Mk. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,00 Mark, Reklamen 16,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübener Volksbote

Nummer 94.

Samstag, den 22. April 1922.

29. Jahrgang.

Friede in Genua.

Die Antwort der deutschen Delegation.

Die zur Rechtfertigung des deutsch-russischen Vertrages gestern dem Präsidenten der italienischen Delegation überreichte deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Deutsche Delegation. Genua, 21. April.

Herr Präsident! Auf das von Ihnen gemeinsam mit den Herren Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, tschechoslowakischen, polnischen, jugoslawischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. d. M. beehre ich mich folgendes zu erwidern:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjetrepublik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor ordentliche diplomatische Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen gepflogen wurden, waren schon vor mehreren Wochen soweit vorgeschritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten. Die russische Verständigung war für Deutschland deshalb wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund aus erneute feindschaftliche Beziehungen ermöglicht. Deutschland ging nach Genua mit dem Wunsche auf gemeinsame Arbeit mit allen Blicke zur Wiederaufrichtung des leidenden europäischen Erdteils im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Glieder. Die Vorschläge des Londoner Programms lassen die deutschen Interessen außer acht. Ihre Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Russlands gegenüber Deutschland hervorgerufen. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der paritätischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären. Wiederholt hat die deutsche Delegation Mitglieder der Delegationen der einladenden Mächte in eingehenden Bepreschungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben; vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Russland eingeleitet hätten. Die Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber eine Berücksichtigung der berechtigten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwurf gegenüberzusetzen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits verbindlich war. Der Vertrag mit Russland ist deshalb am Sonntagabend in genauer Uebereinstimmung mit den bereits vor Wochen aufgestellten Entwürfen unterzeichnet und alsbald bekannt gegeben worden. Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Russland nicht aus Mangel an Gemeinschaftsinn, sondern aus zwingenden Gründen beschritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation befristet gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten. Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn auf der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gelänge und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingegliedert werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Russland in keiner Weise ein. Auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Verwirklichung Sie mit Recht als das große Ziel der Konferenz bezeichnen, nämlich von dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht.

Was die weitere Verhandlung der russischen Frage auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Russland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Deswegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen desinteressiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrage geregelten Punkte beziehen. Die deutsche Delegation hat mit Genehmigung die Entschließung begrüßt, die die Verhandlungen der Kommission genommen haben. Sie fühlt sich einzig und allein dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeit beehrte. Weit entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftsarbeit abzuwenden, ist sie bereit, an der von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Versöhnung und im Sinne des Ausgleiches öffentlicher und weltlicher Wohlfahrt mitzuarbeiten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung
gez. Wirth.

Die Note der russischen Delegation.

SPD. Genua, 21. April.

Die an den italienischen Ministerpräsidenten gerichtete Note Tschitscherins lautet:

Die russische Delegation hat mit größter Aufmerksamkeit die Vorschläge der alliierten Regierungen geprüft, die in dem Anhang zu dem Protokoll vom 15. April enthalten sind, und hat gleichzeitig die Ansicht ihrer Regierung darüber eingeholt. Die russische Regierung verbleibt bei ihrer Ansicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Russlands und die Umstände, die sie herbeigeführt haben, Russland reichlich berechtigten würden, sich von allen seinen in den oben erwähnten Vorschlägen angeführten Verpflichtungen im Hinblick auf seine Gegenforderungen befreit zu sehen. In dessen ist die russische Delegation bereit, einen weiteren Schritt zu tun in dem Bestreben, zur Herbeiführung einer Lösung und um die Differenzen auszugleichen. Sie ist bereit, Artikel 1, 2 und 3 des oben erwähnten Anhangs unter folgenden Bedingungen anzunehmen:

1. Daß die Kriegsschulden, Rückstände an Zinsen oder die aufgeschobenen Zinszahlungen für alle Schulden vermindert werden.

2. Daß Russland ein angemessener finanzieller Beistand bewilligt werde, um ihm zu helfen, aus seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage so schnell wie möglich herauszukommen.

Was Artikel 2b betrifft, so ist die russische Regierung unter Vorbehalt der oben angeführten Bedingungen bereit, den vorläufigen Eigentümern die Auslieferung ihrer nationalisierten oder beschlagnahmten Güter wiederzugeben oder — falls dies unmöglich ist — den berechtigten Forderungen der ehemaligen Eigentümer Genüge zu tun, sei es durch ein gegenseitiges, direkt mit ihnen abgeschlossenes Abkommen, oder auf Grund von Abkommen, deren einzelne Bestimmungen auf gegenseitigen Konferenzen erörtert und festgelegt würden. Ein finanzieller Beistand seitens des Auslandes ist absolut unentbehrlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands. Solange sich keine Aussicht auf Wiederaufbau bietet, steht die russische Delegation keine Möglichkeit, ihr Land mit dem Gewicht von Schulden zu belasten, die es nicht bezahlen könnte. Die russische Delegation wünscht auch klar zu verstehen zu geben, obgleich sich dies eigentlich von selbst versteht, daß die russische Regierung keinerlei Verpflichtung für die Schulden ihrer Vorgängerin übernehmen kann, solange sie nicht offiziell (de jure) von allen interessierten Mächten anerkannt worden ist. In der Hoffnung, daß Sie diese Vorschläge für eine ausreichende Grundlage zur Wiederaufnahme der Beziehungen ansehen, verbleibe ich
Tschitscherin.

Wie aus einer späteren Wolffmeldung hervorgeht, erklärte der italienische Außenminister Schanzer als Vorsitzender der Unterkommission, daß die Antwort der russischen Delegation als derartig befunden worden ist, daß sie eine Fortsetzung der Besprechungen zuläßt. Da die Antwort indessen einige Punkte enthält, die nicht allen annehmbar erscheinen, so erachtete man es für angemessen, einen Ausschuß von Sachverständigen zu bilden, der sich aus fünf Mitgliedern der einladenden Mächte und aus zwei Mitgliedern der anderen Mächte zusammensetzt. Die Sachverständigen sollen in Uebereinstimmung mit den Sachverständigen der russischen Delegation die Besprechung der erwähnten Note aufnehmen. Auf Ersuchen des Präsidenten wurde über diesen Vorschlag abgestimmt. Er wurde einstimmig angenommen.

Die Anerkennung Sowjetrusslands und die Entente.

IV. Genua, 22. April.

Zur Frage der Anerkennung Sowjetrusslands ist der Standpunkt der Alliierten folgender:

Das internationale Recht kennt nicht zwei Anerkennungen und nicht zwei Arten von Regierungen. Man kann nicht fordern, daß die Mächte eine Regierung de jure oder de facto anerkennen sollen. Das internationale Recht gilt für Regierungen, die de facto die Macht in der Hand haben. Regierungen, die de jure regieren, können sich in anderen Ländern durch Botschafter vertreten lassen, während sich die de facto regierenden nur durch Geschäftsträger vertreten lassen können. Als eine Regierung de facto ist die Sowjetregierung schon anerkannt worden, als man sie zur Konferenz einlud. Ob sie auch de jure anerkannt werden wird, bleibt abzuwarten. Russland kann also inzwischen nur Geschäftsträger in die anderen Länder delegieren. Auf diesem Standpunkt steht insbesondere auch die englische Delegation.

Die gerettete Konferenz.

Der etwas halsbrecherische Streich Rathenaus, mitten während der Konferenz einen besonderen Vertrag mit Russland abzuschließen, hat, wie es jetzt scheint, einen Ausgang genommen, der weitere schwere Schäden nicht mehr befürchten läßt. Ob diese Möglichkeit, die in die Konferenz von Genua hineinplante, wirklich unvermeidlich gewesen ist, wird sich erst später herausstellen, wenn man wissen wird, wie es in Wirklichkeit mit den Verhandlungen zwischen der Entente und Russland stand, die Rathenau zu seinem überraschenden Entschluß veranlaßten. Aber wie dem immer sei, heute kann man aufatmend sagen, daß es leidlich gut abgegangen ist. Und auf alle Fälle verdanken wir diesem Zwischenfall eine bemerkenswerte Klärung der ganzen politischen Situation.

Der deutsch-russische Sondervertrag war so ziemlich die stärkste Belastungsprobe, der die Konferenz ausgesetzt werden konnte. Wenn die Konferenz trotzdem gerettet wurde, so ist das ein Beweis dafür, wie stark die Kräfte geworden sind, die einer Hegemonie Frankreichs widerstreben. Der deutsch-russische Abschluß bedeutete für ganz Europa einen kritischen Punkt. Man war an einer Wegscheide angelangt, und man mußte sich entscheiden, ob man zurück wollte zu dem System der Entente mit Frankreich an der Spitze, oder ob man den Versuch fortsetzen sollte, neue Formen des internationalen Zusammenlebens zu finden. In dem Augenblick, in dem der plötzliche Vertragsabschluß, „der deutsch-russische Schurkenstreich“, wie ihn zärtlich der „Matin“ nannte, bekannt wurde, glaubte sich der französische Imperialismus schon ganz nahe dem Ziele. Er hatte der Konferenz von Genua, deren Sinn er vollständig begriff, alle nur denkbaren Hindernisse in den Weg gelegt, hatte es aber nicht gewagt, die Konferenz ohne weiteres zum Scheitern zu bringen. Einen Augenblick schien es so, als hätte die deutsche Delegation getan, was die Franzosen, ach so gerne, selber getan hätten, wenn sie nur nicht den diplomatischen Rückschlag eines solchen Verhaltens gesüchtet hätten. Flog die Konferenz auf wegen einer Handlungsweise der Deutschen, die von der gesamten Weltmeinung moralisch verurteilt wurde, so war das der vollkommenste Triumph, den sich die gegenwärtigen Machthaber Frankreichs nur erdenken konnten. Das bedeutete eine neue Isolierung Deutschlands, einen diplomatischen Mißerfolg Englands und Italiens und eine unbedingte Befestigung der französischen Vorherrschaft in Europa für eine ganz unbestimmte Zeit.

In ihrem Eifer beging nun die französische Regierung den ungeheuren Fehler, ihr Spiel allzu früh aufzugeben, ihre Absichten allzu deutlich erkennen zu lassen. Das war für die Konferenz und war zugleich für Wirth-Rathenau die Rettung. Zweifellos war die Entrüstung des größten Teils der Konferenzteilnehmer über den deutschen Ueberrasschungsstreich vollkommen echt, und nur die Plumpheit deutscher Zeitungsmasche kannte es fertig bringen, in diesem Zusammenhang von Heuchelei zu sprechen. Als man sich aber vor die Wahl gestellt sah, entweder die allgemein getadelte Handlung der deutschen Delegation mit einer verhältnismäßig kleinen Korrektur hingehen zu lassen, oder aber dem französischen Imperialismus für seine Pläne einer Oberherrschaft über ganz Europa freie Bahn zu eröffnen, entschied man sich ohne langes Schwanken für die erstere Lösung. Gerade erst wenn man sich zugesteht, daß die Konferenz über das Verhalten der Deutschen aufgebracht war, und auch Grund hatte, darüber aufgebracht zu sein, kann man erkennen, wie groß die allgemeine Abneigung gegen die gegenwärtige Politik Frankreichs geworden ist.

Man könnte den ganzen verwickelten Vorgang vielleicht in die Worte zusammenfassen: Rathenau hätte sich und uns beinahe hineingeritten, aber Poincaré hat ihn und uns wieder herausgerissen.

Lloyd George hat sich bei der glänzenden Vorstellung seiner Person, die er am Donnerstag den Vertretern der internationalen Presse gab, für den Erfolg der Konferenz von Genua verbürgt. Man könnte über solchen Optimismus erstaunt sein, wenn man annehmen würde, Lloyd George erwarte, daß die Konferenz zur Lösung der auf Europa lastenden ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten direkt schon etwas Wesentliches erreichen würde. Der Optimismus Lloyd Georges ist aber offenbar mehr politisch als wirtschaftlich gerichtet. Der Erfolg der Konferenz kann nur in erster Linie ein politischer sein, woraus sich dann freilich für die Folge auch wirtschaftliche Erfolge ergeben könnten. Dieser politische Erfolg kann aber nur darin bestehen, daß der überwiegende Einfluß des französischen Imperialismus auf Europa zurückgedrängt wird, wodurch alle, vor allem auch England selbst, die Hände wieder freier bekommen. Am Ende der Konferenz kann, wenn alles nach den Mienen Lloyd Georges geht, vielleicht nicht mehr Frankreich, sondern England als Führer Europas erscheinen und als herrschendes System nicht

mehr das französische, das, auf das heilige Buch von Versailles gestützt, alle Fragen der Welt nach geschriebenen Urteilen und in diesem Sinn nötigenfalls mit Gewalt regeln will, sondern das englische, das weitherziger, blickamer ist und der Gewalt nach Möglichkeit die freie Verständigung vorzieht.

In Paris erforderte man zu Zwecken der französischen Machtpolitik den deutsch-russischen Zweibund, dem sich die gesamte übrige Welt verbündet, unter Frankreichs Führung entgegenstellen mußte. Niemand sonst in der Welt hat an das Märchen vom deutsch-russischen Zweibund geglaubt, und niemand sonst in der Welt hat den allgemeinen Bund gegen diesen angeblichen Zweibund unter Frankreichs Führung gewünscht. Man sieht als bisheriges Ergebnis der Konferenz einen starken Rückgang, als zweite Sieger England und Italien, Deutschland von einem gefährlichen Sprung mit einem blauen Auge davongekommen.

In Paris ist man höchst unzufrieden.

Günstige Wirkung der deutschen Antwort

SPD. Genua, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Note unserer Delegation hat alle verlorene schwebenden Aussichten für Deutschland in bezug auf den Verlauf der Konferenz zurückerobert. Die Wirkung der Haltung und der Einbindung der besonderen Erklärungen Rathenaus vor den europäischen Journalisten, nach denen Deutschland immer zu friedlicher und positiver Mitarbeit bereit ist, sind überaus günstig. Bald nach der Übergabe der deutschen Note fand bei Lloyd George eine Zusammenkunft alliierter und neutraler Staatsmänner statt, die sich einstimmig wohlwollend über die Haltung Deutschlands in der Note ausgesprochen haben sollen. Auch die italienische Presse, soweit sie bisher vorliegt, ist voller Anerkennung über Deutschlands Loyalität, die allgemein wohlwollend hervorgehoben wird. Unter diesen Umständen ist für die Zukunft von der Konferenz weiterhin erprobte Arbeit zu erwarten, wenigstens soweit die Erledigung des Genua Programms in Frage kommt. Darüber hinaus auch die Reparationsfrage zur Erörterung zu bringen, scheint nach dem jetzigen Stande „Zwischenfall“ nicht einfach. Daß aber Bestrebungen, sowohl in neutralen, wie auch in alliierten Kreisen vorhanden sind, das Reparationsproblem zu besprechen, sei hier nur nachträglich der deutschen Regierung in Erinnerung gebracht. Ohne neuen „schlechten Willen“ zu zeigen, wie man in Frankreich bei jeder Gelegenheit feststellt, hat Deutschland allen Grund, diese Bestrebungen im eigenen Interesse zu berücksichtigen. Gelingt es nicht, in Genua das wichtige Problem der Wiedergutmachung auf die Tagesordnung zu bringen, so ist immerhin Gelegenheit geboten, in der genannten Frage über die Zukunft Vorarbeit zu leisten. Vor allem erscheint es im Augenblick notwendig, die einzelstaatlichen, leider durch den Zwischenfall unterbrochenen Besprechungen über die jüngste Reparationsnote der Entente wieder in Gang zu bringen.

Was die insinuierten ebenfalls übergebene russische Antwort auf den Denkschrift der Experten über das russische Problem anbelangt, so spricht man anfänglich dieser Vorläufe von einer neuen Krise. Soweit wir informiert sind, trifft das nicht zu, weil selbst in englischen und französischen Kreisen die Denkschrift der Russen als Diskussionsgrundlage, wie sie die russische Delegation selbst bezeichnet, angesehen wird.

Fortgang der Kommissionsberatungen

Wirtschafts- und Finanzfragen

In der ersten Unterkommission des Ausschusses für Wirtschaftsfragen gehen die Verhandlungen weiter. Am Donnerstag sprach als erster Redner Krassin. Er betonte, daß Russland aus grundsätzlichen wie aus praktischen Erwägungen heraus vorläufig an der Aufrechterhaltung der Einfuhrverbote festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten das ökonomische Gleichgewicht zwischen den Staaten und eine Stabilisierung der Währung bewirkt hätten, könne man in Europa von Handelsfreiheit reden. Besonders für Russland komme in Betracht, daß unter einem auf den Sozialismus zugeschnittenen Wirtschaftssystem eine strenge Regelung des Außenhandels neben der Regelung der Produktion und des Binnenhandels unerlässlich sei. Es handle sich hier nicht um unvernünftige militärische Maßnahmen, sondern um Schutz gegen die Gefahr, in eine Kolonie verwandelt zu werden. Krassin forderte schließlich noch eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder und stellte eine spezielle Note über das russische Außenhandelsmonopol in Aussicht.

Genua, 21. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Unterkommission für Wirtschaftsfragen hat heute den größten Teil der zur Beratung stehenden Fragen zum Abschluß gebracht. Es wurde eine Unterkommission eingesetzt, die alle vorliegenden Entwürfe zu einer Einheitsresolution ausarbeiten soll. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt nahm auch an der heutigen Sitzung das Wort zu einer kurzen, eindrucksvollen Rede über das Weißbegünstigungsrecht. Schmidt wünschte eine allgemeine Verständigung über handelspolitische Fragen. Die Weißbegünstigung dürfe nicht mehr wie heute angewandt werden, zumal eine Anzahl von Staaten gebunden sei (Versailler Vertrag) und Gegenleistungen nicht verlangen können. Wir müßten unbedingt wieder zu einem Zustand des internationalen Ausgleichs und des gleichen Rechtes kommen. Noch sei ein internationaler Handel durch Staatszerstückelung in Europa, die vielen Währungs- und die Differenzierung im Eisenbahntarif gekürzt. Zum Schluß kündigte Schmidt neue Entwürfe der deutschen Delegation zum Weißbegünstigungsrecht an.

Die Finanzkommission der Genueser Konferenz trat am 20. April zu einer Vollversammlung zusammen, um zu den von den Unterkommissionen für Währung der Beschlüsse angenommenen Beschlüssen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende, Horne, empfahl die Annahme der Beschlüsse der Unterkommissionen. In der anschließenden Debatte wurde die grundsätzliche Zustimmung zu den Beschlüssen der Unterkommissionen ausgesprochen. Kamenisch leitete die französischen Delegierten wurde der Ratifizierung ausgedrückt, daß das beschlossene Zusammenziehen der Zentralnotenbanken Erfolge zeitigen möge. Von den italienischen Delegierten wurde die Frage der Doppelbesteuerung zur Sprache gebracht und ein Antrag gestellt, mit dem sich die Wirtschaftskommission befassen soll. Horne bemerkte zu dem Antrag der italienischen Delegierten: Die Prüfung könne dadurch gefördert werden, daß bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt die für die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen wichtige und dringliche Frage der Doppelbesteuerung einer Erörterung unterzogen wird. Auf diesem Wege wird es vielleicht gelingen, schon hier die Grundlinien zu finden, die für die Arbeiten der Sachverständigen des Weltkongresses von wesentlicher Bedeutung sein können. Schließlich wurde beschlossen, die Frage der Doppelbesteuerung in Verbindung mit der Frage der internationalen Hilfeleistung gegen die Kontinuität dem Völkerbund zur Prüfung zu übergeben. Der Vorsitzende machte Mitteilung von einem bei ihm eingeangenen Schreiben der Transportkommission und der Sachverständigen der Finanzkommission. Der Zweck der Vorbereitung soll eine Einheitsnote der Kommissionen sein. Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß der Völkerbund der Konferenz heute eine Kommission im Rahmen der Konferenz ernannt habe, die die Berliner folgenden Länder einberufen

Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Tschechoslowakei, Griechenland, Rumänien, Portugal, Schweden, Norwegen, Niederlande und Schweiz. Die Sitzung schloß mit einer Beifallskundgebung für Horne, der Genua dieser Tage verläßt.

Parlamentskrise in Sachsen.

Ueber die Notwendigkeit der Einigung der proletarischen Parteien ist noch nie soviel geredet worden, wie in diesen Tagen. Jeder Tag zeigt aber aufs neue, daß wir von der Einigung noch sehr weit entfernt sind. Die Koalitionsfrage bildet die tiefe Kluft, die sich fast unüberbrückbar zwischen der SPD. und der USPD. auftut. Diese Frage spielt nicht nur da eine Rolle, wo Sozialdemokraten mit Bürgerlichen zusammen eine Regierung bilden, sondern auch da, wo wir rein sozialistische Regierungen haben. Hier sind es die Kommunisten, die den sozialistischen Regierungen jeden Tag den Boden entziehen können. In Braunschweig kam es zur Landtagsauflösung, weil die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien in der Frage der Grund- und Gewerbesteuer stimmten und dadurch die Regierung in der Minderheit blieb; die Folge war die Landtagsauflösung. Wie in Braunschweig, so sind auch in Sachsen die Kommunisten das Zünglein an der Waage. Auch dort droht dieselben Steuern an der Haltung der Kommunisten zu scheitern. Als es aber zur Entscheidung kam, waren die Kommunisten klug genug, die Regierung nicht in Gefahr zu bringen. Auch in vielen anderen Fragen haben sie die sächsische Regierung gerettet. Jetzt scheinen sie aber alle Klugheit verloren zu haben. Das Agitationsbedürfnis hat den Sieg davongetragen.

Bei der Abstimmung über den Justizetat lehnten die Kommunisten das Gehalt des Ministers ab, und die bürgerlichen Parteien taten dasselbe. Darauf wurde auch der Justizetat abgelehnt. Die Kommunisten erklärten, sie hätten gänzlich die Absicht gehabt, gegen den Justizminister zu demonstrieren, sondern hätten nur den Justizetat ablehnen wollen. Es scheint ihnen gänzlich klar geworden zu sein, daß mit der Ablehnung dieses Etats auch dem Minister das Gehalt verweigert wurde. Jedenfalls hatten die Kommunisten eine Dummheit gemacht, was sie später auch einsehen. Nach den Osterferien hätte sich deshalb vielleicht noch ein Ausgleich finden lassen. Die Lage erfuhr jedoch eine Verschärfung dadurch, daß in derselben Sitzung, in der die Kommunisten den Justizetat ablehnten, der Antrag der sozialistischen Parteien angenommen wurde, den ersten Mai und den neunten November in Sachsen zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hatten wegen dieses Beschlusses einen Antrag auf Volksentscheid angekündigt, die Ablehnung des Justizetats aber gab ihnen Veranlassung, die Auflösung des Landtages zu beantragen, während die Demokraten zunächst nur die Umbildung der Regierung verlangten. Die beiden Rechtsparteien haben nun die Anträge von dem Volksentscheid über die Feiertage und der Auflösung des Landtages offiziell eingebracht. Der Landtag wird sich also alsbald nach seinem Wiederauftritt damit zu beschäftigen haben. Da auch die Kommunisten den Antrag auf Auflösung unterstützen würden, wäre seine Annahme sicher. Aber die Kommunisten meinen, es wäre jetzt richtiger, zur Offensive überzugehen und den Landtag durch die Regierung auflösen zu lassen. Nach Lage der Verhältnisse wird auch kaum etwas anderes übrig bleiben.

Die Kommunisten glauben, die Neuwahl des Landtages biete die beste Gelegenheit, die sozialistische Regierung, die jetzt nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen verfügt, auf eine breitere Basis zu stellen. Ueber den Ausfall der Wahlen läßt sich natürlich noch nichts Bestimmtes voraussagen, zumal die beiden sozialdemokratischen Parteien wegen des Verhaltens der Kommunisten, als sozialagene anonyme Regierungspartei, gegenüber den bürgerlichen Angriffen keinen leichten Stand haben werden. Aber selbst, wenn es gelänge, den Bürgerlichen einige Mandate abzurufen, dann würden auch im neuen Landtag die Kommunisten das Zünglein an der Waage bleiben und die Regierung könnte wieder jeden Augenblick von ihnen gestürzt werden. Für die Regierung wäre also die Lage ebenso schwierig, wie sie jetzt ist. Für die sozialdemokratische Partei wäre es jedenfalls sehr schwer mit der Parole: „Für die sozialistische Regierungskoalition“ in den Wahlkampf zu ziehen. Sie müßte ihn selbständig durchführen, eine eigene Politik treiben und die Frage nach der Regierungsbildung von dem Ausfall der Wahlen abhängig machen.

Bemerkt man noch werden, daß die Kommunisten die Regierung nach dem Wiederauftritt des Landtages erneut in eine schwierige Lage bringen werden, da sie dem Gesamtetat nur dann zustimmen wollen, wenn die Regierung eine Reihe von Forderungen erfüllt. Diese Forderungen könnten wohl von den Sozialdemokraten unterstützt werden, gehören aber nicht zur Kompetenz der Länder und sind daher nur zu dem Zwecke eingebracht worden, der Regierung Schwierigkeiten zu machen.

Die parlamentarische Lage in Sachsen wird jedenfalls in der nächsten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Grenzen des Landes hinaus auf sich ziehen.

An die arbeitende Jugend aller Länder!

Kamerades! Haben die vereinigten Nationalisten, Militaristen und Imperialisten aller Länder durch den Weltkrieg der arbeitenden Menschheit bereitet. Vermehrt und grenzenlos gesteigert werden die Leiden der arbeitenden Klasse durch eine schamlose Ausbeutung dieser Klasse durch die kapitalistischen Mächte. Unter diesen Umständen leidet die arbeitende Jugend am schwersten. Ihre schwachen Kräfte sind schamlos der Ausbeutung preisgegeben. Zum Protest gegen diese Ausbeutung rufen wir die gesamte arbeitende Jugend aller Länder auf, den internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni zu maßvoller Kundgebung anzugehen. Gerade zur Zeit der Sommerferien, die die Nationalisten in manchen Ländern zum Anlaß nehmen, für ihre verhängnisvollen, völkerverhetzenden Ziele zu demonstrieren, muß des weiteren der Ruf des allerniedrigsten Sozialismus weithin erschallen. Damit wird die Kundgebung auch zu einem klaren Protest gegen den völkerverhetzenden Militarismus. In der Erkenntnis, daß unter der kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ihre Forderungen nicht erfüllt werden können, bekämpft die proletarische Jugend an diesem Tage einen zum internationalen Kampftage gegen die Ausbeutung und erhebt ihre Forderungen: Mehr Recht! Anstreichen des Spießes für die arbeitende Jugend! Zurückziehen!

Jugendgenossen und Jugendgenossinnen! Zeigt durch Massenbeteiligung Euren entschlossenen Willen, mit uns für diese Forderungen zu kämpfen. Hoch die internationale Solidarität der arbeitenden Jugend!

Arbeiter-Jugend-Internationale, Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

Beratungen über die Kartoffelverföhrung.

Keine Umlage, sondern Abschluß von Lieferungsverträgen. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat gestern unter Vorsitz des Reichsministers Fehr eine Besprechung mit den Regierungen der Länder über die Regelung der Kartoffelverföhrung im Wirtschaftsjahr 1922 stattgefunden. Die Besprechung stimmte darin überein, daß rechtzeitig Vorläufe getroffen werden müßten, um den in diesem Wirtschaftsjahr hervorretretenen Schwierigkeiten in der Kartoffelverföhrung im neuen Wirtschaftsjahr zu begegnen. Im Anschluß an frühere Beratungen wurde eingehend die Frage erörtert, ob eine Kartoffelumlage ausgeschrieben werden könne. Gegen einen von verschiedenen Seiten unterstützten Vorschlag, wenigstens einen Teil des Bedarfs durch eine Umlage sicherzustellen, wurden von anderen Teilnehmern Bedenken vorgebracht. Insbesondere wurde von den Vertretern der für die Aufbringung von Kartoffeln in erster Linie in Betracht kommenden Ländern unter Hinweis auf die ablehnende Stellungnahme sowohl der überwiegenden Mehrheit der Städte, wie der ländlichen Kommunalverbände die tatsächliche Durchführbarkeit einer solchen Maßnahme bezweifelt. Nach längerer Aussprache wurde schließlich in Aussicht genommen, den Abschluß von Lieferungsverträgen mit großen Verbrauchergruppen zu fördern und auf eine vermehrte Wagenstellung zur beschleunigten Abförderung der Kartoffeln im Herbst hinzuwirken, um auf diese Weise eine Besserung in der Verföhrung der Bevölkerung herbeizuföhren. Auch sollen die Vorschriften über die Konzentration des Kartoffelhandels einer Nachprüfung unterzogen werden, um das in diesem Jahre beobachtete Treiben wilder Aufkäufer zu bekämpfen. Abschließend erklärte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, daß hier nach von der Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Ausschreibung einer Umlage zurzeit abzusehen sei und daß Verhandlungen mit den Beteiligten über den freiwilligen Abschluß von Lieferungsverträgen mit größter Beschleunigung vorgenommen werden würden.

Der Dollar sinkt weiter.

Berlin, 21. April.

Die nach den vorliegenden Meldungen aus Genua eingetretene Entspannung rief am heutigen Berliner Devisenmarkt ein ziemlich scharfes Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Es kommt hinzu, daß im Großhandel am Warenmarkt gewisse Rückgänge eingetreten sind, die den Importeuren größte Zurückhaltung auferlegen. Infolgedessen ist der Devisenbedarf auch in diesen Kreisen sehr gering. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 273 gehandelt. Es wäre zweifellos ein scharfer Rückgang eingetreten, wenn nicht der heute veröffentlichte Ausweis der Reichsbank in entgegengesetzter Richtung gewirkt hätte. Um die Mitte des Monats April ist nämlich bei der Reichsbank wiederum eine ganz bedeutende Steigerung des Notenumlaufs eingetreten, der augenblicklich die Höhe von 134 Milliarden Mark erreicht hat. Am Effektenmarkt war die Tendenz sehr flau. Die Fuktion zwischen der Deutschen Bank und der Deutschen Petroleum A.-G. rief keinerlei Annehmungskäufe hervor. Man ist vielmehr der Meinung, daß die Deutsche Bank bei ihrem Rückgriff auf die brachliegenden Kapitalien ihrer Tochtergesellschaft in der Hauptsache von dem Motiv geleitet war, eine Sanierungsmaßnahme des offenen Geldmarktes zur Erholung ihrer eigenen Betriebskapitalien zu vermeiden. Die augenblickliche Börsenlage wäre der Emission von 400 Millionen Mark junger Bankaktien wenig günstig gewesen. Die Hauptursache der augenblicklichen Lage eine erneut hervorgetretene Verteilung des Geldmarktes. Kabel New York 273 1/2, London 1210, Amsterdam-Rotterdam 10 400.

Die ober-schlesischen Bluttaten.

Breslau, 21. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die letzten Bluttaten in Oberschlesien finden in der deutschen Presse in den Abstimmeungsgebieten ein ganz anderes Echo als in den meisten reichsdeutschen Zeitungen. Selbst die „Kattowitzer Zeitung“, das Organ des Deutschen Volksbundes für Polnisch-Schlesien, erklärt, daß die Ereignisse den polnischen Behauptungen über eine Breslauer Nordkommission Recht zu geben scheinen. Der „Ober-schlesische Courier“, der für die streng bürgerlichen deutschen Elemente spricht, die in Neupolen an der deutschen Kultur festhalten wollen, aber als Loyale polnische Staatsbürger angelegen zu werden wünschen, wendet sich gegen die reichsdeutschen Zeitungen, die die Lage der Deutschen in Oberschlesien düster und schrecklich wie nur möglich schildern. Damit schufen sie eine Atmosphäre, die zur Vergeltung geradezu herausfordere. Sie unterziehen sich kaum von gewissen polnischen Blättern aufreizender Tonart. Der „Courier“ stellt eine Reihe von Tatsachmeldungen aus der „Deutschen Tageszeitung“, der „Königlichen Volkszeitung“ usw. zusammen und meint schließlich mit Recht, wenn die reichsdeutsche Presse so fortfahre, die wirklichen Verhältnisse in Oberschlesien tendenziös zu entstellen, dürfe man sich nicht wundern, wenn es immer wieder Elemente gebe, die sich unter Hintanhaltung aller sittlichen Bedenken für berufen hielten, „das Vaterland zu zetteln“, koste es was es wolle.

Die sozialdemokratische „Vollstimme“ für Oberschlesien nennt die Gleiwitzer Bluttatmeldung des „Berliner Tageblattes“ Beschuldigungslaster dummer Sorte, dem kein Mensch in Oberschlesien glauben werde. Die einzige Wirkung, die solche Beschuldigungen hätten, seien gewissermaßen die, daß auch ruhig denkende Engländer und Italiener in den alliierten Behörden sie vor der Berechtigung der Klagen über deutsche Unheftlichkeit überzeugen müßten. Es sei tief bedauerlich, daß das „Tageblatt“ sich zum Abdruck von Material hergeben konnte, das aus dem Spionfloaken militärischer Kloaken stammt.

Die Helden der Monarchie.

Die deutschnationale „Freisgauer Zeitung“ in Freiburg hat dieser Tage den Versuch gemacht, dem Zentrum aus einer von einem bayerischen Monarchisten geschriebenen Broschüre: „Wir Katholiken und die moderne revolutionäre Bewegung“ zu beweisen, daß der Katholik ein Monarchist sein müsse. Die „Freisgauer Tagespost“, das dortige Zentrumsblatt, bestreitet das und sagt, die katholische Kirche lasse jedem volle Freiheit in bezug auf die Staatsform. Dann fährt sie fort:

Der Vorwurf, der dem Zentrum gemacht wird, es habe keine Grundzüge bei der Revolution verlernt, trifft in erster Linie die Konservativen und die Nationalliberalen. Wo stehen diese Helden, als in München und Karlsruhe der König und der Großherzog vor der Revolution stehen mußten? In Karlsruhe

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Genua und deutsche Zahlungsbilanz. — Kampf von Handel und Industrie gegen gebundene Wirtschaft für Industrie-Kasse. — Kampf der Landwirtschaft gegen gebundene Wirtschaft für Getreide und Kartoffeln. — Verlangen der Konsumenten auf Erhöhung der gebundenen Wirtschaft für Getreide und Einführung auch für Kartoffeln.

Wenn es in Genua gelingen sollte, die Zusammenhänge, die zwischen den Problemen der Währung und der Beschäftigung bestehen, nach jeder Richtung zu erörtern und klarzustellen, dann wird es auch möglich sein, ohne daß die Reparationsfrage ausdrücklich behandelt wird, doch deren unerträgliche Einwirkung auf die Wirtschaftsgegestaltung Deutschlands mittelbar zu dokumentieren. Dann wird es sich zeigen, wie wir ohne Regelung der Zahlungsbilanz unser inneres Geldwesen nicht in Ordnung bringen, das Währungsproblem nicht lösen können. Es wird sich erweisen, daß die Wirkungen der Inflation, die enormen Preissteigerungen, nur durch eine Regelung der Zahlungsbilanz endgültig aufzuhalten sind. Das belagt aber gleichzeitig, daß in der inneren Wirtschaft alles nur Mögliche hätte versucht werden müssen, um vor Erledigung dieses Problems die Preisgestaltung nicht weiter treiben und sich überlegen zu lassen. Denn wenn die — zum Schaden der gesamten europäischen Wirtschaft — sich immer wieder hinschleppende Regelung einer Auslandsanleihe und damit eine gewisse wirtschaftliche Atempause endlich an uns herantritt, dann kann bei derart an die Weltmarktpreise genäherten und beim heutigen Dollarstande teilweise schon über sie hinaus gestiegenen Inlandspreisen bei zurücklaufendem Devisenkurs die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr gehalten werden. Stilllegung und Arbeitslosigkeit werden dann umso größer werden je weitgehender diese Annäherung erfolgt ist. Und diese Annäherung ist von großen Industriezweigen bereits vollzogen und in ihren Gewinnergebnissen ausgeschöpft worden, so daß man schon nach neuen, ebenso leichten Gewinnmöglichkeiten — man merkt natürlich bei derartigen Chancen heute den Weg über Intensivierung — in neuen Preiswellen ausgeht hat. Diese Möglichkeiten glaubt man noch in den durch die gebundene Wirtschaft zurückgehaltenen Preisen zu finden. Nur hieraus ist der in den letzten Monaten besonders verschärfte Kampf gegen die gebundene Wirtschaft zu erklären. Dieser Kampf ist gerade für die Arbeiterschaft von weittragender Wichtigkeit. Für sie bedeutet das Aufheben der gebundenen Wirtschaft, daß der Reallohn, welcher bei manchen Berufsklassen schon beträchtlich unter das Existenzminimum des Friedens gesunken ist, noch weiter zurückgeschraubt werden würde, wenn auch vielleicht das Nominaleinkommen eine Steigerung — und selbst diese nur durch Kampf — erfahren dürfte. Handel und Industrie haben nun unter den Devisen: „Produktionsförderung“ und „Erhaltung der Kapitalsubstanz“ den Kampf gegen die die „Wirtschaftsfreiheit“ hemmende Gemeinwirtschaft aufgenommen. Ob aber die durch die Aufhebung der gebundenen Wirtschaft zu realisierenden Mehrwerte wirklich der reinen Produktionsförderung im volkswirtschaftlichen Sinne zuzurechnen, muß nach Erfahrungen der letzten Jahre — wohin sie gehen, soll hier nicht erörtert werden — bezweifelt werden. Die steigende Gemeinnote setzt sich meist nur relativ in Produktivität um, während sie in sinkender Tendenz immer absolut intensivierend wirkt. Wenn nun in diesem Zusammenhang dauernd von der Erhaltung des produktiven Kapitals, der Substanz unserer Volkswirtschaft gesprochen worden ist, so wurde bisher nie die Frage gestellt, ob nicht durch diese, bei freier Wirtschaft sprunghaft steigenden Preisen die eigentliche Quelle aller Produktivität, die Volksarbeitskraft, zerstört werden muß. Ohne Zweifel ist der größte, unerträglichste Eingriff in die Substanz unseres Volkswirtschaftens eine auf die Dauer durch Unterkonsum geschwächte Arbeitskraft.

Man wird trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht darum herum kommen, festzustellen, daß die in den letzten Wochen in Erscheinung getretenen übertriebenen Preissteigerungen eine Folge des Abbaues der gebundenen Wirtschaft sind, wozu noch als weitere Ursachen der Abbau der staatlichen Subsidien — wie Lebensmittelverbilligung, Defizite der Eisenbahn und Post — sowie die zu erwartende Wirkung der neubeschlossenen indirekten Steuern kommen.

Erfahrungsgemäß werden die durch diese Maßnahmen begründeten Selbstkostensteigerungen bei zahlreichen Wirtschaftszweigen nicht in der gerechtfertigten Höhe, sondern wesentlich übersteigert, zur Anwendung gebracht. Dies ist der wahre Grund für die zum Teil wucherisch zu nennende Ausnutzung der konsumierenden Bevölkerung. Ein Beispiel hierfür bietet die Preisgestaltung auf dem Markt der Groß-Eisenindustrie.

Nach eingehenden Preisuntersuchungen der amtlichen Stellen konnten sich für den Monat April die Stabeisenpreise auf 8400 Mark stellen, welcher Betrag sich noch um 3-400 Mk. vermindern dürfte, wenn, wie früher, % der Exportgewinne zur Inlandspreisbilligung herangezogen würden. Statt dessen stellt die Groß-Eisenindustrie ihrerseits einen Grundpreis von 9500 Mk. auf, wozu ein Kohlensteuerzuschlag von 300 Mk. kommt, außerdem 450 Mark überhöhten Siemens-Martin-Zuschlag, also im ganzen einen Preis von 10 250 Mk.

Diese Art der Preisfestsetzung macht es notwendig, daß hier die von der Arbeitnehmerchaft im Eisenwirtschaftsbund beantragten Höchstpreise durchgeführt werden.

Die Versuche die letzten Reste der gebundenen Wirtschaft zu beseitigen, treten nicht immer klar zutage. Es werden hierbei oft wenig durchsichtige Wege eingeschlagen. Vielleicht will man auch heute aus politischen Gründen den direkten Weg zur vollen Abschaffung nicht gehen, und man beginnt, auf Umwegen sich dem Ziele zu nähern. Dafür gibt der neue Gesellschaftsvertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats, der am 1. April für die Dauer eines Jahres in Kraft treten sollte, (er wurde von uns schon in einem besonderen Artikel besprochen), ein so deutliches Beispiel, daß er mit Recht eine Privatisierung hinführen genannt wurde.

Der Kampf gegen die gebundene Wirtschaft geht aber nicht nur um die Industrie-Kasse, sondern vor allen Dingen um die wichtigsten Nahrungsmittel, Brotgetreide und Kartoffeln. Von Seiten der Arbeiter- und Verbraucherschaft im allgemeinen wird für das kommende Erntejahr eine erhöhte Getreideumlage von 2½ auf 4½ Mill. Tonnen — was bei dem Gesamtertrag durchaus möglich ist — gefordert, damit die das

Warenbrot sehr wesentlich preisvertuernden Getreideeinfuhren wegfallen können. Es wird dabei auf die Befürchtung hingewiesen, daß steigende Brotpreise nicht nur eine schwere wirtschaftliche Belastung der minderbemittelten, nur konsumierenden Bevölkerung mit sich bringen, sondern schwere politische Erschütterungen herauf beschwören könnten. Auch auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung wird die Einführung einer ausreichenden Umlage erstrbt, da es trotz aller Besprechungen den landwirtschaftlichen Organen, den Genossenschaften, im letzten Jahre bei freier Wirtschaft nicht gelungen ist und auch bei erhöhtem Kartoffelanbau und besseren Ernterträgen nicht gelingen wird, die Verbraucherschaft zu noch erträglichen Preisen vor dem Winter einzudecken.

In direktem Gegensatz zu diesen Forderungen steht das Verlangen der Landwirtschaft, von jedweder zwangsmäßigen Eingriff befreit zu werden. Der Reichslandbund erzieht hierzu die folgende Mitteilung:

„Der engere Vorstand des Reichslandbundes stellte erneut die Undurchführbarkeit einer irgendwie gestalteten Umlage in landwirtschaftlichen Erzeugnissen fest und beschloß, seine Mitglieder der aufzufordern, sich jeder Mitwirkung, auch bereits bei den Vorarbeiten für ein allgemeines Umlageverfahren, zu enthalten. Die Durchführung einer Umlageverpflichtung wird gegen den Willen der organisierten Landwirtschaft unmöglich sein. Die Deutung des Brotgetreidebedarfes ist unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nur durch den freien Verkehr möglich.“

Diese deutsch-nationalen Vertreter wissen sehr wohl, wie notwendig es ist, bei Durchführung solcher gesetzlicher Maßnahmen auch ein Verständnis hierfür in den Kreisen zu finden, welche von diesen Maßnahmen betroffen werden. Und so muß diese verantwortungslose Kampfanzeige eines Teiles der Bevölkerung gegen die Bedürfnisse der Gesamtheit als eine bisher beispiellose politische Heße gewertet werden. Nur unter der Bedingung der vollständigen Beseitigung der Zwangswirtschaft wollen diese landwirtschaftlichen Kreise, um der bisher nicht in Taten, sondern nur in Worten herbeigeholten Not des Volkes zu steuern, ein „großes Hilfswerk der Landwirtschaft“ einleiten, welches „in der freiwilligen Anwendung aller Maßnahmen durch die deutsche Landwirtschaft bestehen soll, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland mit eigenen Mitteln der Landwirtschaft mit möglichster Beschleunigung so zu steigern, daß die ausreichende eigene Versorgung des deutschen Volkes in absehbarer Zeit gesichert ist.“

In der Übergangszeit — bis zur Auswirkung dieses an sich selbstverständlichen Beginnens — soll durch ein Ermächtigungsgesetz den landwirtschaftlichen Körperschaften die Möglichkeit gegeben werden, mittels des legitimen Handels und der Verbrauchergenossenschaften zu einem dem durchschnittlichen Marktpreis entsprechenden Preise Getreide auf den Markt zu bringen und mittels der landwirtschaftlichen Genossenschaften den amtlichen Organen eine Getreidereserve zur Verfügung zu stellen.

Nachdem die Verbraucherschaft im vorigen Jahre mit der freien Kartoffelwirtschaft die Erfahrung gemacht hat, daß auf die Zusagen der Landwirtschaft — durch ihre Genossenschaften Kartoffeln in genügender Menge zu angemessenen Preisen auf den Markt zu bringen — wenig zu bauen ist, wird in bezug auf die neuen Vorschläge der Landwirtschaft genauestens zu prüfen sein, welche Garantien die Landwirtschaft zu gewähren hat, und welche Mittel sie zur Durchführung ihrer Selbstverwaltung zu ergreifen gedenkt. Bisher sind der Öffentlichkeit gegenüber nur Vorschläge allgemeiner Art gemacht worden, denen die Arbeiterschaft im Interesse der gesamten Verbraucherschaft nicht zustimmen vermag.

Mehlmärkte.

Schweinemarkt.

Hamburg, 22. April.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	3200-3300 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	3000-3100
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2800-3000
geringere Ware	2500-2700
beste Sauen	2900-3000
geringere Sauen	2500-2600

Marktzufuhr: 2850 Schweine. Der Handel verlief reg.

Devisen-Kurse.

Berlin, 22. April.

Amthche Devisennotierung an der Berliner Börse.		21. April.	20. April.
Amsterdam	100 fl.	10587.-	10688.60
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2342.05	2408.95
Kristiania	100 Kr.	5228.45	5413.20
Kopenhagen	100 Kr.	5827.70	5972.40
Stockholm	100 Kr.	7116.05	7290.85
Helsingfors	100 finn. Mk.	503.35	528.30
Rom	100 Lire	1473.15	1518.10
London	1 £	1208.45	1240.90
New York	1 Doll.	272.27	281.14
Paris	100 Frs.	2544.30	2609.20
Zürich	100 Frs.	5800.85	5434.20
Madrid	100 Pesetas	4209.70	4334.55
Wien	100 K.	3.55 1/2	3.75
Budapest	100 K.	84.95	85.95
Prag	100 K.	543.30	560.1/4

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Std.
Angekommen am 21. April.							
D.		Lappontia	Bußmann	London		5	
D.		Prince of the Ocean	Gutzav	Andersen	Wismar		4
D.		Frieda	Johannsen	Karlshamm		25	
D.		Georg Rimme	Abshagen	Karbus		1	
Angekommen am 22. April.							
D.		Egloia	Pfeifer	Lyssaker		3	
D.		Henriette	Detter	Stubeöping		1	
D.		Saturn	Stemen	Flensburg		1	
D.		Wena	Evenston	Stockholm		2 1/4	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber, für Freie Presse und Heilbron Hermann Bauer, für Partei- und Gewerkschaften August Schulz, für Interesseeinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

war der Großherzog von seinen Anhängern völlig verlassenen, der demokratische Abgeordnete Haas und der Zentrumsminister Trunk waren die einzigen, die es wagten, dem Großherzog mit 30 Mann der Wache zu Hilfe zu eilen, die ganze Schar der Höligen war „wie vom Sturm zerföhren“. In München war der Verlauf der Revolution ein ähnlicher. Wo blieben da die Tugend von Offizieren, die damals in der Residenz anwesend waren, wo die „prinzipienfesten“ Monarchisten, die heute den Mund wieder so voll nehmen? Heute, wo die Gefahr vorüber ist, kommen sie wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor und fallen denen in den Rücken, die in jahrelanger Arbeit es verstanden haben, die Gefahr zu bannen. „Die Treue gegenüber dem monarchischen Gedanken war doch bei vielen, allzuvielen ein leerer Hohn“, schreibt der begeisterte bayerische Monarchist, „besonders in der Zeit vom 5. November 1918 ab“, könnte man hinzufügen.“

Es ist uns interessant, aus unerbäullichem Munde bestätigt zu finden, daß es in München und Karlsruhe auch nicht anders war als in Berlin.

Ein Feind der Siedlung.

Der „Vorwärts“ schreibt:

In der „Deutschen Tageszeitung“ lamentiert der genügend bekannte Junfer von Oldenburg-Januschka einen ganzen Leitartikel lang über das Siedlungsproblem. Der Grund ist allerdings naheliegend, er ist der einzige, der bei einem echten Agrarier als Zornregger in Betracht kommt: Herr von Oldenburg fühlt sich nämlich persönlich geschädigt, weil man ihm von seinem Gut Lichterfelde bei Eberswalde ein Stück zu Siedlungszwecken enteignet und „nur“ 1000 Mark für den Morgen gegeben hat. Die Haare stehen einem allerdings zu Berge, wenn Herr v. Oldenburg die „Niedrigkeit“ des Kaufpreises damit motiviert, daß sein Vorbesitzer schon vor 20 Jahren Land in der gleichen Lage für 4000 Mark den Morgen an Siebler verkauft hätte. Damals war nämlich der normale Preis für Ackerland je nach Güte 200 bis 300 Mark pro Morgen!

Zufällig kennen wir den Fall Lichterfelde ziemlich genau. Der siedlungsfreundliche Herr v. Oldenburg hatte nämlich von seinem großen Gut zwei Stücke zur Siedlung angeboten, von denen das eine absolute Unland war, auf dem nichts wachsen konnte — er selbst bezeichnete es als ein „Sandstück“ — das andere lag in so ungünstiger Verkehrslage, daß die anzustellenden Arbeiter der Fabrik am Finow-Kanal ihre Arbeitsstellen nicht hätten erreichen können.

Das Geschrei des Herrn v. Oldenburg über die Enteignung des einzigen in Betracht kommenden Stückes ist eine Illustration des Agrarierlandpunktes: Erst komme ich, dann nochmals ich, dann gar nichts, und dann kommt das Gemeinwohl noch immer nicht.

Von Quirote Wilhelm.

Unsere Monarchisten zerbrechen sich noch immer den Kopf über die Doktorfrage, ob Wilhelm der Gemahlige am 9. November den „Heldentod“ hätte sterben sollen. Da er nach kurzem Heldengerassel vorgezogen hat, es nicht zu tun, erklären sie dies natürlich für das richtige, während umgekehrt, falls er es wirklich getan hätte, sie wohl nicht genug Ruhmesworte für diese Geste hätten finden können. Ramentlich der General von Eisenhardt-Rothe verhält sich kampfhafte eine Ehrenrettung des gekrönten Don Quirote, indem er bruchstückweise die Tagebuchnotizen Wilhelms veröffentlicht, ohne in seiner militärischen Enghirzigkeit zu ahnen, daß er seinen Helben damit nur immer weiter in die Schamlichkeit hinabzieht. Auf die neulich veröffentlichte Stelle vom 9. November, wo Wilhelm schwört, mit dem Degen in der Faust zu sterben, folgt jetzt nämlich eine Aufzeichnung des umgekipperten Wilhelm in der Nacht vom 9. zum 10., wo er sich — natürlich mit „blutendem Herzen“ — zum Gegenteil entschließt. Von sachlichem Interesse ist nur, daß die Stelle beginnt mit den Worten:

„Daher empfahl mir der Feldmarschall, das zusammenbrechende Heer zu verlassen und einen neutralen Staat aufzusuchen.“

Damit ist wieder einmal die Behauptung der Nationalisten widerlegt, daß Hindenburg nicht den Rat zur Flucht gegeben, ja nicht einmal etwas von der Flucht gewußt habe. — Wucherst spachhaft sind nun aber die Philosophien, die der verknöcherte General an Wilhelms wehleidige Betrachtungen knüpft. Er fragt:

„Bestand denn noch die Möglichkeit für einen ehrlichen Soldaten? Der nicht bevorstehende Waffenstillstand gab gar nicht mehr die Zeit, die Front rechtzeitig zum Kampfe zu erreichen. War es nicht vier Jahre lang Zeit gewesen?! (Red.) Selbst aber wenn dies gelang, so lief der Kaiser Gefahr, in den Rückzugsgesichten, um die es sich nur noch handelte, verwundet oder unverwundet gefangen genommen und womöglich nach Paris verschleppt zu werden. Wäre dem deutschen Volke und damit dem Vaterlande gedient gewesen?“

Man möchte fast sagen: „Ei, Teufel, du warst doch sonst nicht so bedenklich“ — nämlich, wenn es Mühsötens ins Feuer zu jagen galt. Aber eins ergeben die Zeilen des fürklichen Herren wie seines Dieners gewiß: daß Wilhelm wie seine Umgebung von Hofgenossen in der großen historischen Situation keine anderen Gedanken und Einsätze hatten, als sie etwa dem zerstörten Hirn des „sinnreichen Junfers“ Don Quirote de la Mancha entsprungen wären. Unfähig zu irgendwelchen wirklichen Taten und Entschlüssen bramarbasierten sie erst mit großen Worten, dann übten sie „heldische“ Gesten — man denke an die Verbarrikadierung der Villa Trause, in der Wilhelm wohnte, und schließlich retteten sie aus — mit Vernunftgründen maskierter — Angst ihr hühchen Leben. Das letztere hätte übrigens Don Quirote nicht getan. Er hätte es etwa gemacht wie jener andere gekrönte Narr, der sein Volk ins Unglück stürzte, wie Karl XII. von Schweden, der nach dem Zusammenbruch wirklich bei Bender den Heldentod — notabene gegen seine Gastfreunde, die Türken — gesucht, ihn aber nicht gefunden hat, weil er sich im Gefecht in seine Sporen verwickelte und hinfiel.

Johannes Scherr hat in seiner „Menschlichen Tragik“ vor fünfzig Jahren den Fall dieses fürklichen Don Quirote geschichtlich erledigt. Wilhelm II. würde ein Gegenbeispiel von erschütternder Parallellität bilden, nur daß ihm die einzige Eigenschaft fehlte, die Scherr bei Karl XII. rühmen kann: der zwar zwecklos vergeudete, aber bei Karl XII. doch vorhandene persönliche Mut.

Hausstands- Messe!

Beginn Montag
den 24. April

Verkauf im 3. Stock.

Allen

größeren
Wirtschafts-
Betrieben,
Pensionaten
u. sparsamen
Hausfrauen

bieten wir

durch diese
fast nur alten
Beständen ent-
nommenen
Waren

eine selten

günstige

Kaufgele-

genheit!!

Unsere Schaufenster
sind beachtenswert!

Steingut

Speiseteller 24 cm, tief und flach	3 ²⁵
Speiseteller 24 cm, gerippt, tief und flach	4 ⁷⁵
Abendbroteller reguläre Ware	3 ²⁵
Bratenplatten bunt bezw. weiß	16.75 14 ⁷⁵
Saucieren mit Tellerfuß	7 ⁵⁰
Terrinen oval, bunt bezw. weiß, mit Deckel	42.00 32 ⁰⁰
Terrinen rund, mit Deckel, groß	95.00 65 ⁰⁰
Kartoffelschüsseln oval, mit Deckel, weiß	21 ⁰⁰
Salatschalen bunt, 6 Stück im Satz	36 ⁵⁰
Salatschalen rechteckig	9.25 4 ⁵⁰

Speiseservice 23teilig
mit Gold 585.— bunt 295.— weiß 175⁰⁰

Vorratstönchen mit Schrift	Stück 8.95 2 ⁶⁵
Gemüsetonnen groß, mit Schrift	Stück 4 ⁵⁰
Salz- und Mehlmetzen	Stück 14 ⁷⁵
Tonnen-Garnituren 16teilig, weiß	155 ⁰⁰
Sand-, Seife-, Soda-Becher	Stück 6 ⁵⁰
Toiletten-Eimer mit Einlage	125 ⁰⁰
Waschbecken weiß	Stück 8.25 6 ⁵⁰
Wasserkannen von Servicen	14.50 12 ⁵⁰
Waschbecken groß, von Servicen	49.— 39 ⁷⁵
Nachgeschirre weiß	18 ⁷⁵

Waschservice 5teilig
mit Gold 245.— bunt 185.— weiß 105⁰⁰

Porzellan

Zum Teil mit kleinen Fehlern:

Obertassen weiß, groß 2.50, mittel 2.10, klein	1 ⁵⁰
Kaffeekannen für 12 Pers., 22.50, für 6 Pers.	12 ⁵⁰
Speiseteller tief und flach, Feston	Stück 5 ⁷⁵
Abendbroteller	8.50 2 ⁸⁵
Terrinen oval mit Deckel	24 ⁵⁰

Reguläre Ware:

Kaffeefasse mit Untertasse, Golddekor	9 ²⁵
Kuchenteller 25 cm Durchmesser	8 ⁵⁰
Puddingservice 8teilig, dekoriert	62 ⁵⁰

China blaue Kaffeegeschirre, gerippt:

Kaffeetassen mit Untertassen	23 ⁵⁰
Teekannen groß	76 ⁵⁰
Kaffeekannen für 6 Personen	110 ⁰⁰
Gießer groß	55 ⁰⁰
Zuckerdosens groß	38 ⁵⁰
Rahmservice 3teilig	86 ⁵⁰
Butterdosens für 1/2-Pfd.	65 ⁰⁰
Kuchenteller	17 ⁵⁰

Glaswaren

Glasteller verschiedene Muster	Stück 1 ⁹⁵
Glasschalen verschiedene Muster	1.45 1 ⁴⁰
Butterdosens mit Deckel	9.25 4 ²⁵
Käseglocken	19.25 17 ²⁵

Weingläser Mathilde	Stück 8 ²⁵
Weingläser mit Mattband	Stück 9 ⁷⁵
Weingläser mit leichtem Schilff	Stück 10 ⁵⁰
Milchsattens	1 Liter 3.85, 1/2 Liter 3 ⁵⁰

Emaillwaren

Kochtöpfe braun mit Ring, 10 Liter Inhalt 57.50, 8 Liter Inhalt 45 ⁵⁰	45 ⁵⁰
Stiepfannen 24 cm 14.75, 22 cm 12 ⁵⁰	12 ⁵⁰
Waschschalen 30 cm 23.75, 28 cm 21 ⁰⁰	21 ⁰⁰
Kaffeeflaschen 1 Liter 26.50, 3/4 Liter 23 ⁵⁰	23 ⁵⁰
Toiletteimer mit Einlage und Bügel	82 ⁵⁰

Aluminiumwaren

6 Kochtöpfe im Satz, 16—26 cm mit Deckeln	425 ⁰⁰
Kochtöpfe mit Deckel, 18 cm 66.50, 16 cm 56.50, 14 cm 47 ⁵⁰	47 ⁵⁰
Wasserkessel	145.00 125 ⁰⁰
Eßlöffel 8.50 u. 1 ²⁰ Teelöffel	1 ⁸⁵
Forken poliert und geschliffen	3 ⁵⁰

Zink- und Blechwaren

Zinkwannen oval	113.00 76 ⁵⁰
Waschkessel mit Sieb u. Deckel	250.00 205 ⁰⁰
Eimer im Vollbad verzinkt	69 ⁵⁰
Springformen Weißblech	16.75 12 ⁵⁰
Kartoffelstampfer	4 ⁵⁰
Gartengießkannen	49.50 29 ⁵⁰

Solinger Stahlwaren

Tischmesser Heft durchgehend	13.50 8 ⁷⁵
Küchenmesser	9.85 2 ¹⁰
Britannia-Löffel u. -Forken	Stück 16 ⁷⁵
Britannia-Kaffeelöffel	8 ⁷⁵
Britannia-Schöpfelöffel	39 ⁵⁰
Brotschneider Alexanderwerk	72 ⁰⁰

Holzwaren

Wäschekammern 60 Stück 5 ²⁵	5 ²⁵
Kleiderbügel Stück 95 Pf.	95 ⁰⁰
Waschbretter mit Zinkeinlage 32 ⁵⁰	32 ⁵⁰
Löffel- u. Quirl-Garn. mit Nadelrolle, 7teilig 29 ⁷⁵	29 ⁷⁵

Korbwaren

Handkörbe 87.50 34 ⁸⁰	34 ⁸⁰
Holl. Schwingen 46 ⁵⁰	46 ⁵⁰
Wäschekörbe 139.— 110 ⁰⁰	110 ⁰⁰
Wäschekörbe mit Bügel 105.— 69 ⁵⁰	69 ⁵⁰

Bürstenwaren

Glanzbürsten 9.75 3 ⁸⁵	3 ⁸⁵
Leuwagen 12.75 9 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Stielbürsten 5.75 3 ²⁵	3 ²⁵
Handfeger r. in Borste 12 ⁵⁰	12 ⁵⁰

Putzmittel und Verschiedenes

Kernseife I. Qualität, Doppelstück ca. 250 Gr.	6 ⁷⁵
Toilette-seife verschied. parfümiert Stück 2 ⁹⁵	2 ⁹⁵
Badeseife ca. 150-Gr. Stück 6 ⁵⁰	6 ⁵⁰
Badeseife „Milde“ 190-Gr. Stück 9 ⁵⁰	9 ⁵⁰

Seitenpulver „Hanea“ Paket 3 ⁰⁰	3 ⁰⁰
Terpentin-Seifenpulver Pfund 2 ⁵⁰	2 ⁵⁰
Dre ring-Sprühsoda Pfund 1 ⁰⁰	1 ⁰⁰
Metall-Topfreiniger Stück 1 ⁸⁵	1 ⁸⁵

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 22. April.

Film und Varietees im Dienste der Monarchisten.

Das Kapital versucht nicht nur aus jedem Objekt Geld zu machen, sondern es benutzt einen Teil des Profits auch wieder dazu, um seine frühere festeste Stütze, die Monarchie, wieder zu Ruhm und Ansehen zu bringen. Wirksame Mittel hat man im Film und auch auf dem Varietees gefunden. In letzterer Hinsicht haben wir ja auch schon in Lübeck schöne Proben erlebt. In Varietees pflegen häufig sogenannte Humoristen aufzutreten, die ihre faden Witze ausschließlich auf Kosten der Republik setzen, während sie daneben überhöflich die „schönen alten Zeiten“ verherrlichen. Wie Ignaz Wrobel in der „Republikanischen Presse“ mittelst, ist in einem Falle nun einwandfrei festgestellt worden, daß sich eine der Rechtsparteien an einen Berliner Komiker heranzemacht und ihm ein monatliches Fixum dafür gebietet hat, wenn er allabendlich in seinen Vortrügen die alte Zeit auf Kosten der neuen lobt. In diesem Falle hat der betreffende Humorist allerdings abgelehnt. Bei kleineren Größen weihen die Rechtsparteien dagegen erfolgreich operiert zu haben. Darum macht sich ein Versuch an Varietees! Niemand trage Verwünschungen, kein Geld zu, wo statt der erwarteten Unterhaltung durch gekaufte Humoristen, Sänger und Soubretten nur das nationalstolische Gift unrauffällig in die Bevölkerung getragen wird.

Im Film wird großzügiger gearbeitet. Seit einiger Zeit wie bereits früher gemeldet, in den verschiedensten Städten ein aus Ansaam eingeführter Hohenzollernfilm: „Friedrich Rex“ ab, der nichts anderes ist als ein unverkennbarer Propagandafilm gegen die Republik und eine freche Herausforderung der republikanischen Bevölkerung. Zum Glück ist trotz der Verfilmung der Monarchisten das Ganze so ungeschicklich, daß der Denkfähige dabei unwillkürlich zum Ausdruck kommt: „Gott sei Dank, daß wir diese Gesellschaft los sind!“ Die chauvinistischen Klagen aber sind heftiger, denn sie sehen, wie die alten preussischen Grenadiere die Schenkel schmeißen; sie bezeichnen nicht, wie der Preussengeist in der Kultur jede Menschenwürde zu Boden zerrt und sich selbst schändet.

Als zweites Machwerk dieser Sorte Hohenzollernfilm kommt jetzt eines an die Reihe, das den Titel: „Der Untergang eines Volkes“ führt. Die Geschichte des Bonapartes im Jahre 1795 gegen die Franzosen und die Vertreibung des Kaiserthums wird in ungeschicklicher Naturgemäßheit dargestellt. Nord und Nord, Südräume, Kautschuk und weißes Kanonenschonner, und schließlich, nicht zu vergessen, das Gedröhre der Kanonenschüsse kennzeichnen die Atmosphäre des Ganzen. Zuerst, als alle ist waren, sah man als schöne Zukunftsmusik die Klänge des heroischen Marsches nach dem Norden. Der ganze Film ist ein chauvinistischer Scherz von Anfang bis zu Ende.

Ganz richtig bemerkt hier der Vorwärts: Die Monarchisten profitieren bei diesen Filmen auf die Dummheit des Volkes: sie lassen ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben! Die Gefahren, die aus einer solchen Szenaroganda entstehen, sind nicht zu verkennen, und die Arbeiterklasse muß sich hüten, sich davon anstecken zu lassen. Das Schmähmittel heißt Propaganda. Alle Arbeiter müssen an jene Nationaltheater denken, in denen nationalstolische Propaganda hier und dort gespielt werden. Die Arbeiter müssen wissen, daß man sich nicht ganz ungeschickt zu fremde Republik verhalten darf. Was nicht es Arbeiter, die Republikaner sind und seinen neuen Blutkreislauf und Götzenkult wollen, auch nicht im Film!

Wie unser Zeitorgan weiter mittelst, stößt der deutsch-nationalistische Radikalismus Friedrich Rex in den meisten norddeutschen Städten auf eine starke Opposition seitens der republikanisch gesinnten Arbeiter. Da sich regelmäßig auch eine Gewerkschaft von Arbeitervereinigungen einstellt, so gibt es allabendlich laute Ständebälle. Zu gleicher Zeit läuft aber dieser „Friedrich Rex“ in Polen, und zwar nicht als

Propagandamittel reaktionärer Potemkemelei, sondern als anti-deutscher Hohnfilm. Wie die „B. Z.“ meldet, ist der Film, als er nach Warschau gebracht wurde, zunächst verboten worden. Nachdem man aber einige Veränderungen in Bild und Text vorgenommen hatte, durfte er sich unter dem Titel „Der König der Sabaren“ in den Dienst polnisch-nationalistischer Propaganda stellen.

Die Lübeckischen Anzeigen sind natürlich über den Protest des republikanisch gesinnten Volkes mächtig aufgeregt. Sie ziehen über die oben zitierte Äußerung des Vorwärts her und behaupten es, daß hier wieder einmal ein richtiger, famos klappender Parabol dargestellt wird, der ein hervorragendes Mittel zur Pflege des Geistes bilde. Bei der militärisch orientierten Leitung des Amtsblattes der freien und Hansestadt Lübeck ist diese Anschauung ja nicht zu verwundern. Wer zeitweilig nur auf Menschenbrill eingestellt war, von dem kann man nichts anderes erwarten, als daß er den ungeschicktesten und verächtlichsten Drill für Geisteskultur ansieht. Aber schließlich ist dieser Einfall nicht einmal ein Blick des Monarchistenblattes, sondern eine übernommene Ansicht eines argentinischen Generals. Bei der Vorliebe der Lübeckischen Anzeigen für egoistische Hanswurstdenkelei nimmt dies weiter nicht wunder. Man erinnere sich nur des Burzeltbaumes, den das Amtsblatt über das Regententert beim Anblick der deutsch-nationalistischen Parteiflagge schlug.

Der Gamaßendrill spielte auch am Freitagabend im Marmoraal eine Rolle, wo der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund für die Monarchie einen glanzvollen Nummernabend feierte. Die Gestaltung dieser Ueberdeutschnationalen — wir kommen noch auf die Versammlung zurück — enthält ein Disziplinierungsverbot recht rühmlich. Der Hohenzollernanführer bewunderte die Courage des Berliner Geldmohls, der in den besseren Kinos den Reffilm mit seinem Leib- und Mangelband begleitet und wünschte nur, daß er auch in Lübeck abspiele. Dann könnte einmal die wahre Gesinnung des Volkes gezeigt werden. In Berlin würde man einfach die ruhestörenden Sozi und anderes knallrotes Gesindel hinauswerfen. Das sei die einzige richtige Antwort für diese Leute. So wird auf deutsch bewiesen — die Pab. Anz. unterstreichen es bei jeder Gelegenheit —, daß die Rechtsparteien kein Mittel scheuen, um „der Gehirnschmalzung der Volksmeinung“, wie das monarchistische Idiom lautet, durchzuführen. Sie sollen sich aber nicht täuschen; bei jedem herzhaften Versuch heißen sie auf Grant.

Die Neuerung im Straßenbahnverkehr.

Die Neugestaltung des Straßenbahnfahrplanes war Gegenstand einer aufklärenden Aussprache, zu der die Verwaltung der Straßenbahn die Vertreter der Tageszeitungen eingeladen hatte. Der Vorsitzende der Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, führte u. a. aus: Die unauffällig steigende Teuerung hat alle Verkehrsbetriebe, insbesondere die städtischen Straßenbahnen in erhebliche finanzielle Sorgen gebracht. Die Gestaltung der Fahrpreise — heute erst das 15-20fache der Vorkriegszeit — steht in keinem Verhältnis zu der über 30fachen Ausgabefür Löhne und zu der 60-80fachen Steigerung der Materialpreise. Das Bestehen der Verwaltung muß deshalb in erster Linie auf eine Verminderung der laufenden Betriebsausgaben gerichtet sein. Durch möglicherweise technische Maßnahmen werden bereits jetzt große Summen erspart, z. B. bei der Verminderung des Stromverbrauchs für den elektrifizierten Wagenkilometer. Aber auch die gegenwärtige Linienführung und deren dazugehöriger Fahrplan sind Gegenstand eingehender Nachprüfung dahingehend gewesen, ob sich nicht auch hierbei nennenswerte Ersparnisse erzielen lassen, um die enorm gestiegenen Betriebskosten zu verringern. Eine diesbezügliche im Januar durchgeführte Statistik der Einnahme jeder Fahrt hat hierzu wichtige Unterlagen gegeben und zumehr zu folgender Änderung in der Linienführung und im Fahrplan geführt:

1. Die Linie 11, die jetzt mit 10-Minuten-Verkehr zwischen Sanftstraße und Kohlmarkt verkehrt, kann mit der gleichen Wagenzahl einen 20-Minuten-Verkehr durch die Bahmstraße nach Markt aufnehmen. Ein erheblicher Vorteil hierbei besteht darin, daß

Markt die bereits seit 1914 vorgezeichnete kürzere Verbindung nach dem Bahnhof durch die Bahmstraße erhält, wodurch auch die Fahrt von Markt nach dem Bahnhof sich um 4-5 Minuten verringert.

2. Erfolgt die unter 1 genannte Durchführung, dann erübrigt sich der 10-Minuten-Verkehr von Markt nach Krepelsdorf und kann in einen 20-Minuten-Verkehr umgewandelt werden.

3. Um jedoch einmal der Bedergrube und Untertrave einen besseren Verkehr nach dem Bahnhof zu bieten und andererseits auch dem Burgtor die vor dem Kriege bestehende direkte Verbindung nach dem Bahnhof wiederzugeben, wird ferner beabsichtigt, die Linie 10, die jetzt auf dem Marktplatz endet, durch die Untertrave, Bedergrube und Pfaffenstraße nach dem Kirchhof in der Straßendorfer Allee durchzuführen, jedoch sich dadurch in der Bedergrube, Untertrave und Pfaffenstraße in Verbindung mit der Linie 3 wieder ein 10-Minuten-Verkehr ergibt.

4. Erhält jedoch das Burgtor durch die Linie 10 alle 20 Minuten eine direkte Verbindung nach dem Bahnhof, so kann unbedenklich der jetzige 10-Minuten-Verkehr der Linie 2 in einen 20-Minuten-Verkehr umgewandelt werden.

Durch die unter 1-4 angeführten Maßnahmen werden stiefplanmäßige Motorwagen dem Betriebe entzogen und über zwanzig Mann Personal gespart, ohne daß dem Verkehrsbedürfnis in fühlbarer Weise Nachteile entstehen. In finanzieller Hinsicht jedoch wird schon unter Annahme der jetzigen Löhne und Materialpreise eine Ersparnis in den Betriebskosten von mindestens 1 000 000 Mk. jährlich erzielt. Wenn dies auch bei den über 40 Millionen Mark heutiger Betriebskosten der Straßenbahn noch nicht allzuviel bedeutet, so kann doch an der Möglichkeit, diese immerhin bemerkenswerte Summe ersparen zu können, nicht achtlos vorübergegangen werden.

Die Vorteile der neuen Linienführung bestehen, wie bereits bemerkt, einmal in der schnelleren Verbindung von Markt nach dem Bahnhof und umgekehrt und zum anderen in der direkten Verbindung des Burgtores mit dem Bahnhof.

Benachteiligt werden lediglich die Straße Königstraße von der Fürstraße bis zur Pfaffenstraße, die Straße von der Bedergrube bis zum Krankenhaus und die Straße von der Sanftstraße zum Kohlmarkt, sowie Krepelsdorf durch den Wegfall eines 10-Minuten Wagens. Der in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung kommende neue Fahrplan wird auch noch sonstige Verbesserungen enthalten, über die wir noch berichten werden.

Der Dank der Vaterländischen.

Das Blatt hat sich gewendet: Einst hatten die armen Kriegskrieger und Schwerverwundeten das Mitleid der ganzen Menschheit. Besonders die Patrioten und sich vaterländisch nennende Kreise versprachen den bedauernswerten Kriegsoffizieren die weiteste Fürsorge. Dieser schätzbare edle Trieb ist nun in jenen Kreisen bald erloschen. Das geht recht deutlich aus der letzten Nummer des Mitteilungsblattes der hiesigen Handelskammer hervor. Darin wird u. a. zu den in Aussicht genommenen Änderungen des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerverwundeter Stellung genommen. Die neuen Bestimmungen, die dem vermehrten Schutze und der erweiterten Fürsorge der Schwerverwundeten dienen, sollten ursprünglich bereits am 1. April d. J. in Kraft treten. Auf Anregung der Handelskammer bleiben die bisherigen Bestimmungen aber noch für ein halbes Jahr bestehen. Diese Zeit soll nun ausschließlich ausgenutzt werden, die geplanten Fürsorgebestimmungen gänzlich zu beseitigen. Welche Kreise sollen „auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die der Industrie durch die vorerwähnten Änderungen drohen.“ Ganz besonders wendet man sich in dem Artikel dagegen, „die großen Betriebe des Wirtschaftslebens diktatorisch als Fürsorgestätten zu benutzen“, weil man dadurch „eine unmittelbare Einengung der wirtschaft-



Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Behmann.

18. Fortsetzung.

Frau Harenhold streifte ihr Kleid ab und zog das andere an. Beria liegte vor ihr nieder, nahm eine Anzahl Stednabeln zwischen die Lippen und begann zu rücken, zu trennen und zu schneiden.

„Wem gehört eigentlich die Rahe?“ fragte Frau Harenhold. Beria konnte nicht gleich antworten, sie mußte erst die Stednabeln aus dem Munde nehmen.

„Anten der Frau Grefse. Sie kenne sie doch? Die Mutter von dem Walter, der immer drüben und mit Jorem Wädel ist. Wer hätte gedacht, daß der Walter noch mal Leutnant wird! Ein kluger Junge war er immer, und er hatte nicht so viele Frauen im Kopf wie die andern Jungen.“

„Leutnant Grefse kenne ich natürlich“, sagte Frau Concha; „er hat mir einen Besuch gemacht.“ — Sie hielt noch darauf, in der Form ihrer Antwort etwas das Gesellschaftliche zum Vorkommen zu lassen. Sie tat das jetzt mehr als früher. Es war eine Art Protest dagegen, daß sie im Alten Staden 17 wohnen mußte.

„Ein bißchen nach links“, sagte Beria; „hier unter den Armen muß ich etwas herausnehmen. Sie sind aber tüchtig mager geworden. Na, das ist jetzt bei allen so bei dem knappen Essen.“

Frau Concha seufzte. „Es ist auch der Kummer“, sagte sie, und rasch kamen die Tränen in ihre Augen. Das hinderte aber nicht, daß sie einen ängstlich prüfenden Blick an ihrer Gestalt hinunter und über die Brust gleiten ließ, ob sie wohl auch gar zu mager geworden sei. Beria kannte diesen Blick an ihren Kundinnen.

„Sie haben doch noch eine sehr schöne Figur“, meinte sie tröstend. „Zu kloppen brauchen wir noch nicht. Und wie jung Sie noch aussehen!“

Da erloschen Frau Conchas Tränen schnell in einem zufriedenen Lächeln.

Die Rahe stieß ein leises Miau aus. Es klang fast, als mache sie sich lustig.

Frau Concha nahm den abgerissenen Faden des Gesprächs wieder auf.

„Wie ist denn Frau Grefse eigentlich?“ fragte sie.

„Gott na, so so. Sie ist ein bißchen langweilig für meinen Geschmack, — sie ist ja auch schon alt. Aber was meine Rufine ist, die Maria Heise, bei der ich hier wohne, die hält freilich viel von ihr. Sie sitzt oft unten bei der alten Frau. Was sie sich da immer erzählen, weiß ich nicht, aber die Maria sagt, die Rahe da unten täte ihr gut. Wenn man immer krank ist, so wie die Maria, dann mag man die Rahe wohl nötig haben. Wir kann's gar nicht Leben genug sein.“

„Früher ging mir's auch so“, sagte Frau Concha mit einem tiefen Seufzer.

„Na, das wird schon wiederkommen. Man kann doch nicht immer traurig sein.“

Wenn sie auch beide voll beweglicher Triebe stecken, so bestand doch eine große Unterschied zwischen der Tochter des Südens und dem wohlwütigen deutschen Mädchen. Bei dieser alles quirlendes, drängendes Leben, das darauf trachtete, sich umzukehren in Aktivität, bei jener eine passive Genussucht, deren Unersättliches sie schwer bedrängte. Sie leuchtete wieder.

„Quien labe pues?“ (Wer weiß das?) fragte sie.

Die Anprobe war fertig. Beria zog langsam, damit die einseitigen Nadeln, die die Aenderung markierten, nicht herausfielen, den Nadel herunter, und Frau Concha klebete sich langsam wieder an.

„Wie haben Sie es denn nun hier?“ fragte sie. „So den ganzen Tag zu nähen, das, denke ich mir, kann auch kein Vergnügen sein.“

„Ach was, das wird man gewohnt, und stillhören könnte ich gar nicht und vor mich hingucken. Daß ich etwas zu tun habe, ist ganz schön, und wenn mir's zuviel wird, dann schmeiße ich eben die ganze Geschichte mal hin und gehe auf's Vergnügen. Da ist schon immer einer, der mitgeht, denn ein Mann muß dabei sein, sonst ist das Vergnügen nicht richtig. Es braucht ja nicht immer derselbe zu sein.“ fügte sie mit einem leichtsinnigen Lächeln hinzu.

Frau Concha mußte nicht recht, ob sie es sich schuldig war, erhaben auszusprechen, oder ob sie verständnisvoll lächeln durfte. Sie zog das letzte vor, denn einerseits entsprach es ihrem Temperament, andererseits darf man eine Schneiderin nicht trüben. Sonst wird am Ende das Kleid nicht schön, an dem sie für einen Arbeiter. Frau Concha fühlte sich auch Beria gegenüber noch als die gesellschaftlich Höflichere, so konnte sie sich ein verständnisvolles Lächeln wohl gönnen.

„Wer ist es denn jetzt“, fragte sie wohlwollend, ihren spanischen Akzent leicht verflüchtend, — denn sie hatte schon früher bemerkt, daß ihr das einen gewissen Abstand von der Umgebung gab, es kam ihr vornehm vor.

„Gott, jetzt — mein Bräutigam ist im Felde, und ob ich ihn bekaufe, wenn er wiederkommt, weiß ich noch nicht. Er hat da draußen auch andere. Die Kameraden haben mir's erzählt. Ich

nehme ihm das ja nicht weiter übel, aber dann brauche ich's ja auch nicht gerade zu sein, wenn er zurückkommt. Dann habe ich eben auch einen anderen. — Wer es jetzt ist, wollen Sie wissen? Eigentlich habe ich jetzt keinen. Die alten Leutnants gehen einen so an, da gehe ich lieber mit einem verheirateten Manne, wenn ich ausgehe. Hier der Mann von meiner Rufine, der Heise, dem tut ohnehin ein bißchen Aufmunterung auf bei der fränkischen Frau. Da nehme ich den eben mit. Ein hübscher Kerl ist er auch.“

Frau Concha hatte ihr Kleid inzwischen angezogen. Sie hatte keine Lust, sich weiter über die Vorzüge von Herrn Heise zu unterhalten, da sie ihn nicht kannte. So wurde sie wieder sachlich und bot, ihr das Kleid ja recht schnell fertig zu machen.

Von den schwarzen Sachen hat man nicht so viel, daß man eine lange entbehren kann.“ —

Sie ging, — und die Rahe ging auch.

Als Frau Concha dann mit ihren Töchtern beim Mittagessen zusammenlag, erzählte sie, was sie von Beria Red gehört hatte. Sie begann eine Erzählung über deren Charakter. Beria sah ziemlich schweigend dabei. Beria Red irrezitierte sie nicht, ihre Gedanken gingen um das, was da von Walters Mutter gesprochen worden war.

„Ich will einmal zu ihr gehen“, beschloß sie.

Ines ging geduldig auf die Erzählungen der Mutter ein. So hatte es der Vater auch gemacht, wenn ihm auch manches Mal, was die Frau erzählte, recht gleichgültig gewesen sein mochte, wie Ines wohl herausgefühlt hatte. Aber er hatte gelernt, sich einzustellen auf die Frau, die er liebte und die auch liebenswürdig war in ihrer Art. Ihre stillen, etwas lässige Grazie, die auch in aller oberflächlichen Plauderei zutage trat, fesselte ihn fähig, und er fühlte, daß er ihr etwas annehmen, das zu ihrem innersten Wesen gehörte, als er sie aus dem brüthen trofen Pande in seine dunkle stille Heimat gebracht hatte. Sie diesen Mann nicht fühlen zu lassen, war kein unablässiges Bestreben. Auch das hatte Ines begehrt, und sie empfand es als Pflicht, an Stelle des Vaters einzutreten, so weit sie immer es vermochte. So auch jetzt. Sie bejahte mit der Mutter, wie schwer es für Herrn Heise sein müsse, eine immer fränkische Frau zu haben, eine unvorurteillich es aber auch von der Frau sei, ein so hübsches Mädchen wie Beria Red zur Hausgenossin zu machen. Daß dies nicht ein geeigneter Gesprächsgegenstand für ihre jungen Töchter sei, dessen war sich Frau Concha wenig bewußt, doch hatte sie keine ärztliche Art, die Dinge zu herüber, und so mochte es hingehen, wenn sie keinen Schalter davorberina. Vielleicht wäre das auch nutzlos gewesen, denn im Alten Staden Nummer 17 sah und hörte man so viel, das nicht zu übersehen und zu überhören war, daß sehr häßliche Wirklichkeiten sehr schnell los naht fanden.

(Fortsetzung folgt.)

Neuere Beweglichkeit der größeren Betriebe" befristet. Auch die Rechte der Hauptfürsorgestellen sollen beschnitten werden. So soll der Leiter dieser Fürsorgestellen nicht mehr den Vorzug im Schwerbeschädigten-Ausschuss führen und auch nicht mehr entscheidende Stimme haben. Zuletzt wird dann noch Sturm gelaufen dagegen, daß dem Arbeitgeber die Rechte beschnitten werden sollen, wegen eines Streiks einen Schwerbeschädigten, die, wie es so schön heißt, „häufig die unruhigsten Elemente sind,“ zu entlassen. — Diese Auslassungen beweisen, was man in jenen Kreisen heute noch für die Opfer des Krieges übrig hat. Die einstigen großen Worte sind vergessen. Der Wahr hat seine Schuldigkeit getan. . . . Auffällig ist, daß man nur von Schwerbeschädigten, nicht aber von Kriegsbeschädigten spricht, obgleich die ganze Fürsorge sich doch um letztere dreht. So steht der Dank aus: große Worte vorher, kleine Taten nachher. Erst gefeierte Kriegshelden, dann unruhige Elemente.

Ausperrung

Bei der Firma H. P. Krichuhn, Säge- und Hobelwerk.

Am Freitag wurde die Belegschaft obgenannter Firma wegen Lohnhöhen und Einführung einer Arbeitszeit, die sich nicht mit dem Betriebsrat vereinbaren ließ, ausgedrängt. Vom Vorstand des Betriebsrates, Herr M. Eisenburg, wurde bei Annahme des neuen Lohnvertrages zugesichert: Sobald der Tarif angenommen wird, hat die Nachzahlung sofort zu erfolgen, mindestens aber noch vor dem Freitag. Alle Arbeitgeber vom Verband der Säge- und Hobelwerke haben es getan, nur Herr Krichuhn hielt es nicht für nötig, seinen Arbeitern den wohlverdienten Lohn zu geben. Bei Vorstellung des Betriebsrates erklärte Herr Krichuhn: „Ich kann es heute nicht und wenn es Ihnen nicht paßt, lieber ich den Betrieb.“ Und als Schlussbemerkung fielen vor seiner Seite die Worte: „Ich bin doch nicht Euer Hamamel.“ Herr Krichuhn müdet seiner Belegschaft zu, volle 8 Stunden zu arbeiten und die Mahrung zwischen Schmutz und Dreck einzunehmen, ohne jegliche Pause. Die Arbeiterchaft hat in einer Betriebsversammlung zum Ausdruck gebracht, daß Herr Krichuhn den Streit gesucht hat, um sich der vielen Aufträge, die in kurzer Zeit fertiggestellt werden sollten, zu entledigen. Die Arbeiterchaft der Firma Krichuhn bringt hiermit zum Ausdruck, daß sie an der Arbeitsverteilung nicht schuldig ist. Wir bitten alle in Frage kommenden Organisationen um strengste Solidarität.

Die Streikleitung.

Der Mieterkongress in e. A. hielt am 20. April in den Zentralkassen eine Generalversammlung ab. Troegel erstattete den Kassenericht. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Studentrat Tittel, zum Vizepräsidenten R. Krichuhn, zum Kassenericht H. P. Krichuhn, zum Kassenericht H. P. Krichuhn, zum Kassenericht H. P. Krichuhn. Tittel erstattete dem bisherigen 1. Vorsitzenden, Gnomon, den Dank des Vereins für die jahrelange opfervolle Arbeit ab. Sekretär Mauerer sprach über das Reichsmietengesetz und die Ausführungsbestimmungen. Er führte u. a. aus, es gelte, auch nach Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes an der freiwirtschaftlichen Umgestaltung des Mietverhältnisses zu arbeiten. Diese Aufgabe kann nur von der organisierten Mieterchaft gelöst werden, denn die Mieter sind keineswegs schon durch das Reichsmietengesetz geschützt. Einmal bedeutet die zunächst nur auf vier Jahre bemessene Geltung des Gesetzes die Gefahr, daß die Mieter durch die außerordentlich hohen Leistungen, die sie auf Grund des Gesetzes zu erbringen haben, vor die Häuser instand setzen, dann aber bei Aufhebung des Gesetzes ihre Wohnungen verlieren, wenn sie nicht die durch die Spekulation hochgeschraubten Mieten erkränigen können. Weiter liegt in den den Landeszentralbehörden überlassenen Ausführungen des Gesetzes die Möglichkeit, das Gesetz zugunsten der Mieter zu gestalten, was von vielen unterschätzt, besonders von den Mietern gewerklicher Räume noch gar nicht erkannt wird. Eine hohe Festlegung der Hunderterhöhe mäßige Gehalts- und Lohnsätze auslösen, die doch niemand fördern. So sind die Bestrebungen der organisierten Mieterchaft um die Dauer Geltung des Gesetzes und die Schaffung zweckmäßiger Ausführungsbestimmungen in hohem Maße ideale Bemühungen um das Gesamtwohl des Volkes. Die Ausbreitung befandete den Willen der Versammlung, im Sinne des Vortrages zu wirken. Es wurde gewünscht, daß die Mitglieder in Bezirksversammlungen mit den Einzelheiten des Reichsmietengesetzes vertraut gemacht würden. Das soll geschehen.

Beim Kaufmannsgericht sind im Jahre 1921 insgesamt 59 Rechtsstreitigkeiten zwischen Kaufleuten und ihren Handlungsgehilfen oder Lehrlingen anhängig gemacht worden (im Vorjahre 39). Aus dem Vorjahre wurden 7 Sachen als unerledigt übernommen. 2 Klagen waren vom Arbeitgeber, 57 von Gehilfen oder Lehrlingen. Von diesen Rechtsstreitigkeiten wurden 61 erledigt, davon 12 durch Zurücknahme der Klage vor oder in der Verhandlung, 16 durch Vergleich, 1 durch Anerkenntnisurteil, 4 durch Versäumnisurteil, 26 durch anderes Endurteil, 2 auf andere Weise. Unerledigt blieben 5 Rechtsstreitigkeiten. Von den neu angebrachten Sachen betrafen 44 die Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis, 3 die Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe, 8 den Eintritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Dienstverhältnisses, 4 den Anspruch auf Rückgabe von Zeugnissen, Büchern, Legitimationspapieren usw.

Beim Gewerbegericht waren am Ende Jahre 1921 12 unerledigte Sachen anhängig. Im Jahre 1921 wurden 129 Klagen erhoben (gegen 200 im Vorjahre), und zwar von Arbeitgebern 12, von Arbeitnehmern 157. Davon wurden 12 Klagen vor der Verhandlung zurückgenommen. Von den übrigen 169 Sachen einh. 12 aus dem Vorjahre, über die verhandelt wurde, kamen 153 zur Entscheidung. Die Zahl der Verhandlungen belief sich auf 199, davon 114 mit Vergleich, 55 ohne solche. Von den 153 zur Verhandlung gelangten Sachen wurden erledigt 11 durch Zurücknahme der Klage in oder nach dem Verhandlungstermin, drei durch Anerkenntnisurteil, 13 durch Versäumnisurteil, 31 durch anderweitiges Endurteil, 77 durch Vergleich unter Vermittlung des Gerichts, 18 auf andere Weise. Bei den im Jahre 1921 neu anhängigen Klagen handelte es sich in 21 Sachen um die Fortsetzung oder Auflösung des Dienstverhältnisses und die Anerkennung einer Arbeitsbescheinigung oder eines Zeugnisses, in 113 Sachen um die Leistungen aus dem Arbeits- oder Lehrverhältnis, in 22 Sachen um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung des Arbeitsvertrages, in 3 Sachen um die Rückgabe von Arbeitsbescheinigungen oder der Zeugnispapieren. Zwei Sachen betrafen das Verhältnisverhältnis. Das Einigungsamt wurde nicht angewendet.

Im Zentraltheater in der Kohlenstraße wird gegenwärtig ein hochinteressanter Film vorgeführt: „Die Rache der Totenkopflieger“. Es ist leider nur wenigen bekannt, daß ein solches unteres Planeten aus dem Weltall herbeigekommen, d. h. in einem Flugzeug über Berg und Tal herbeigekommen und landend sich auf das Erdenoberfläch herabgelassen. In dem amerikanischen Film — ebenfalls auch in seiner Aufführung und Handlung — nimmt der Zuschauer aber lebhaften Anteil an den Ereignissen dieser Flieger und erschweßt mit ihnen in untrübe Höhen. Bald befand sich wunderbare linear gegliederte Flächen tief unter der Flugbahn aus, bald hielten sich große Städte ab. Erhaben aber wirkt das Bild, wenn die Doppeldecker über mächtige Gebirgszüge hinwegwehen und aus die Natur in ihrer vollen Schönheit enthüllen. Wir können aus eigener Erfahrung sagen, daß das Auge nur im Flugzeuge sich gewöhnliche Szenarien anschauen kann. Hier in diesem Film werden sie aber aus dem Himmel herab auf die Erde, auf die Erde, auf die Erde und auf die Erde herab, ganz ungewöhnlichen Szenarien

aufgebaut. Der Film würde durchaus nichts in seiner Wirkung verlieren, wenn die Flugzeughelden ihre Baggagekoffer — sie wechseln im vollen Fluge die Aeroplane und unternehmen in gefährlichster Lage Reparaturen — ohne diesen Untergrund v. U. brähten. Aber in Dollarien ziehen Vorkräuber im Auto schon nicht mehr, da geben sich die Wachen nur noch mit Flugzeugen ab und hantieren damit mit einer Fingigkeit, wie bei uns touragierete Chauffeurs mit ihrem Auto. — Nicht amüßant ist der kleine Trübsinn: Mut hat schlecht spekuliert. Dann sollte noch ein größerer Film epistemischer Einflages: 8 Uhr 13, das Geheimnis des Dollarclubs ab, so daß der Besucher voll auf seine Kosten kommt.

Einen großen Aufschwung hat besonders in letzter Zeit der Konsumverein für Lübeck und Umgegend genommen. Allein in den letzten 6 Monaten sind dieser Genossenschaft über 2000 neue Mitglieder beigetreten. Die Lebensmittel- und Warenversorgung des Vereins erstreckt sich heute auf fast 100 000 Personen. Die gemeinnützigen Bestrebungen, die sich auf die verschiedensten Gebiete erstrecken, finden in weiten Kreisen der Bevölkerung immer mehr Anerkennung.

Im Hansatheater hatten Freitag die Soprette Hilde Mähtus und der Charakterkomiker Henry Wahl ihren Ehrenabend. Erstere gab die Fietrolle, letzterer den Kapitän Krug in der bekannten Operette „Mascottchen“ von Walter Bromme. Die neuen Melodien zogen die Besucher wieder in den Bann. Die Schläger mußten wiederholt werden. Zahlreiche Blumen, Schokoladen, Wein- und andere Spenden, die den beliebten Darstellern überreicht wurden, zeigten, daß sie sich die Gunst des Publikums in weitem Maße erworben haben.

ph. Festgenommen wurde ein holländischer Seemann, der im bringenden Verdaht steht, von einem im Hafen liegenden Dampfer drei Herrenruhren gestohlen zu haben und sich außerdem eines Bergens gegen die bestehenden Paktenschriften und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht hat.

f. Fadenberg. Einen Volkslieder-Abend (35 Sänger und 40 Sängerinnen) veranstaltete die Fadenberger Niederstufe am 1. Ostertage. Mitwirkende waren Fr. Friedhoff und Chormeister Herr R. Sulante. Mit Kompositionen von Weber, Schmidt, Eckardt, Witt, Wehrer, Worms, Hermes und Kuhlau wurden die Anwesenden aufs Beste unterhalten. Man bemerkte deutlich, wie sehr der Chor nach jahrelangem Zusammenarbeiten mit seinem Leiter gewachsen war. Vom Frauenchor wurde auf Wunsch „Mutterliebe“ wiederholt. Die Vokalists des Herrn Sulante und die frohen und ersten Lieder von Fr. Friedhoff vervollständigten den schönen Erfolg des Abends. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt.

Hinweise auf Verlesungen, Theater usw.

Stadtheater. Sonntagmorgen Gedächtnisfeier für Josef Liszewski. Zum Vortrag gelangen Straus: Tod und Verkörperung. Der Berner Totentanz. — Abends: Nida. Den Rabanes singt Herr List. — Am Montag, 19. Volkskonzert, das Sinfoniekonzert muß verschoben werden auf den 22. Mai. — Am Dienstag-Ab. wird zum erstenmal Barice und Benedikt von Berlin (nach Shakespeares: „Wieviel Lärm um Nichts“) gegeben. Der komischen Zoffigen Oper sollen Tanzbilder, die von der Ballettmeisterin Marika Louise Stolzeei inszeniert und gelangt werden.

Hansatheater. Heute, Sonnabend, 8 Uhr: Czardas für ihn. Sonntag und Montag 8 Uhr wird „Der Tana in Glück“ wiederholt. Dienstag findet der Ehrenabend des ersten Charakterkomikers Reinhold Wolf statt, der sich den lustigen Operettenschwanz „Bis früh um fünf“ ausgesucht hat.

Angrenzende Gebiete.

Schwartz-Riesefeld. Auf die Erklärung des Gastwirts Herrn Helmut Kröger-Klein-Mühlchen steht sich die Preß-Kommission veranlaßt, folgendes zu erklären: Es stimmt nicht, daß der „Volksbote“ irrtümlicherweise ohne Verbalten des Herrn R. abbestellt worden ist. Herr R. ist vom Austräger auf die Folgen hingewiesen worden. Trotzdem ist der „Volksbote“ vom 1. bis 18. April nicht mehr in die Hände R.s gelangt, was ihm hätte auffallen müssen. Aber nachdem erst der Parteivorstand mit Herrn Kröger wegen der Preisfrage Rücksprache genommen hatte und somit wieder ein Geschäft zu machen war, hielt die Arbeiterprole wieder Einzug in diesem meißens nur von Arbeitern mit Festlichkeiten besetzten Lokal. Die Preßkommission: J. A. Hermann, Giese, Kolportagenleiter.

Hamburg. Preiswucher mit Kartoffeln. Während der Kropfperiode und der Kartoffelknappheit im Februar d. J. verkaufte die Gemüsemarkt die Kartoffeln weitaus über dem Höchstpreis für 200 Mark für den Zentner. Von diesen Kartoffeln kauften die Gemüsehändlerinnen Domann und Wilkens aus dritter Hand je einen Zentner für 200 Mark beim 200 Mark und verkauften sie für 300 Mark beim 200 Mark pro Zentner weiter. Mit Rücksicht auf die riesige Ausbeutung der Allgemeinheit verurteilte nun das Untersuchungs wegen Preiswuchers Frau Struß zu 3000 Mark, Frau Domann zu 2000 Mark und die Frau Wilkens zu 1000 Mark Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle entsprechende Gefängnisstrafe.

Hamburg. Die pädagogische Woche in Hamburg. Hier findet gegenwärtig eine Woche der Erziehung und Unterweisung statt, die von der Hamburger Oberstudienbehörde in Verbindung mit pädagogischen Vereinigungen veranstaltet wird. Eine große Anzahl auswärtiger Lehrer und Lehrerinnen aus allen Teilen des Reiches ist eingetroffen. Auch zahlreiche Mitglieder der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer sind im Anschluß an ihre Ostertage in Hamburg geblieben, um an den mannigfachen Veranstaltungen teilzunehmen. Diese behandeln alle Gebiete der Jugendbewegung, Pädagogik, Pädagogik, Pädagogik und die einzelnen Unterrichtsfächer der Volks- und höheren Schulen. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen allgemeinen Kulturcharakters vervollständigen das umfangreiche Programm, das den Teilnehmern ein Bild vom Stande der Hamburger Schulreform geben soll.

Kiel. Der Kieler Haushaltsplan überschreitet eine halbe Milliarde. Der Etat für 1922 balanziert mit einer Summe von über 500 Millionen. Gegenüber dem Vorjahre verdoppeln sich die Ausgaben. Mit welchem Fehlbetrag der langjährige Etat abschließt, steht noch nicht fest. Einen nennenswerten Ueberschuß sollen nach dem neuen Etat die Gas- und Elektrizitätswerke, die einzigen Säulen der kielerischen Wirtschaftsbetriebe mit 13 1/2 bzw. 7 1/2 Millionen erbringen. Weiter sind aus den Wasserwerken rund 500 000 Mk. Ueberschuß eingestellt. Die sonstigen Ueberschüsse sind unerheblich. Die Zuschüsse dagegen sind sehr hoch. Sie betragen: Hauptverwaltung über 8 Millionen, Straßewartungsamt 3 675 000 Mk., Vereinigte Theater und Orchester 4 223 000 Mk., Jahre 700 000 Mk., Hochbauverwaltung 4 251 000 Mk., Schifffahrt, Handel, Industrie und Verkehr 4,7 Millionen, Gesundheits- und Rettungswesen 4,4 Millionen, Polizeiverwaltung 7,7 Millionen, Schulverwaltung 2 1/2 Millionen, Hochschulpflege über 29 Millionen, Kranenanstalten 610 500 Mark, Kunst, Wissenschaft, milde Stiftungen und gemeinnützige Zwecke 1 717 400 Mk. usw. Das Budget der Einnahmen bilden wie immer die Gemeindefiskalisten; sie sollen netto 102 Millionen erbringen. Ob irgendwelche Steuererhöhungen eintreten sollen, ist noch nicht bekannt.

Arabis i. Meib. Geschäft auf einem Gut. Auf dem Rittergute Scharfentien brach ein Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Gut in einem gewaltigen Feuerhaufen verwandelte. Das Feuer kam im Westteil auf 30 Rufe und 25 Stübchen. In dem Feuer wurde ein Hund der Flamme geworfen. Die Reste

Ruhe konnten, halb verbrannt, noch abgeschlachtet werden. Das Feuer sprang dann auf die Scheunen über und legte zwei verlebten in Asche. Ungeheure Werte verbrannten mit, 500 Zentner ungedroschenen Korns sind vernichtet. Der Kornboden, wo noch 3000 Zentner Korn lagerte, konnte gerettet werden.

Odenburg i. G. Eine Kleinbauernatung wurde während der Ostertage hier abgehalten. Das Hauptreferat hielt Ministerpräsident Tanker. Er sagte u. a.: Das Verlangen nach Weltmarktpreisen bringt mit sich die Weltmarktlöhne, Exportunfähigkeit der Industrie, Arbeitslosigkeit, Hunger, und als letztes Ziel die Auflösung unseres Wirtschaftslebens oder russische Zustände. Die Wahl zwischen freier Wirtschaft oder einer Umlage von 10 Prozent der Ernte gegen Festsetzung der Erzeugerpreise, kann keinem Deutschen schwer fallen, wenn er daran denkt, daß in diesem Falle von einem Opfer nicht gesprochen werden kann. Es sei auch verkehrt, in der Öffentlichkeit immer darauf hinzuweisen, daß die Landwirtschaft Milliardenverluste an die übrige Bevölkerung mache, wenn sie unter Weltmarktpreisen einen Teil der Erzeugung abgibt. Wieviele Milliarden schenke der Arbeiter und Beamte der Allgemeinheit, wenn er dauernd auf Weltmarktlöhne verzichtet. Tanker erklärte die Schwierigkeiten bei der Kartoffelumlage und zeigte gangbare Wege. Der sicherzustellen Teil der Ernte ist vor allen Dingen von der gesamten Landwirtschaft (auch wenn sie keinen Ackerbau treibt) zu tragen. Bei der Getreideumlage werden Betriebe unter 5 Hektar nicht herangezogen werden, bei einer etwa kommenden Kartoffelumlage haben Ackerbau von Flächen unter 1 Hektar keine Abgabe zu leisten. Nach einer eingehenden Aussprache, an der sich zahlreiche Kleinbauern beteiligten, wurde folgende Entschlossenung einstimmig angenommen: „Die Vertreter von über 11 000 kleinbäuerlichen Betrieben aus Odenburg-Ostpreußen erklären sich bereit, im Interesse der Volksernährung und des sozialen Friedens an der Beibehaltung einer Brotgetreide- und Kartoffelumlage gegen Festsetzung der Erzeugerpreise festzuhalten. Die Mehrheit der Kleinbauern wird stets bereit sein, auch ihrer Teil an der Steuer zum sozialen Frieden zu tragen. Dem Reichslandbund und seinen Führern rechnen wir das Recht ab, Erklärungen zur Umlage, welche aus politischen Gründen erfolgen, im Namen der gesamten Landwirtschaft abzugeben. Von der Mehrheit der nordwestdeutschen Kleinbauern hat der Landbund hierzu weder Mandat noch Auftrag.“

Bremen. Und das nennt sich Demokraten! Die Bürgerchaft beschäftigte sich am Freitag zum drittenmal mit dem demokratischen Antrag Menhold betreffend Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. Nach dem Bericht bürgerlicher Mitarbeiter verließ die Beratung unachener stürmisch, und mußte mehrmals vertagt werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der volksparteiliche Debatteantrag angenommen und dann entsprechend dem demokratischen Antrag das Gesetz betr. die Aufhebung des 1. Mai als Feiertag in 1. Lesung beschlossen. — Man sieht also, wie die Reaktion handelt, wo sie wieder zur Kraft gelangt. Ewig wird diese Kreuze aber sicher nicht dauern.

Aus Der Partei.

Von der tschechischen Sozialdemokratie. In der letzten Sitzung des Exekutivauschusses der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde beschlossen, keine gemeinsamen Manifestationen gelegentlich der Konferenz in Genoa mit der kommunistischen Partei zu veranstalten. Diesen Beschluß hat die Parteiführung in einer öffentlichen Rundgebung ausführlich begründet. Das Zentralorgan der Partei „Pravo Lidu“ schreibt dazu, daß die proletarischen Rundgebungen, welche die Partei selbständig veranstaltet, nicht unterbrochen werden können, aber daß es wichtiger wäre, wenn alle sozialistischen Parteien in den demokratischen Republiken Mitteleuropas durch ihre Teilnahme an der Konferenz ihren Einfluß auf die Konferenz im voraus bekräftigen. Die Spaltung der sozialistischen Parteien hat dabei nachteilig gewirkt.

Gewerkschaften.

Bauarbeiterausperrungen im Ruhrgebiet. Sämtliche Arbeitgebernverbände des Bauwesens im rheinisch-westfälischen Industriebezirk haben beschlossen, am Montag, 24. April, gleichzeitig sämtliche Bauarbeiter im Ruhrbezirk auszusperrn.

Volksbewegliche Ehrlichkeit. Dem Korrespondenzblatt des ADGB, entnehmen wir: „Die Auslandsvertretung der Hilfskommission für die Hungernden beim allrussischen Zentral-Exekutivkomitee glaubt den hungernden Russen dadurch helfen zu können, daß sie umfangreiche Buletins herausgibt, in denen ausführlich dargestellt wird, was die Sowjetregierung alles unternimmt, um der Not zu steuern. Daneben schildert sie auch, was das Ausland tut.“ Die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes widmet sie in der Nr. 7 des Buletins vom 15. März in dem 50 Seiten starken Heft 17 (siehe) Zeilen. Darin sagt sie u. a.: Die gesamte Föderation hat bis zum 15. Dezember 1921 ungefähr 3000 Gulden eingesammelt.“ In Wirklichkeit waren bis zum 15. Dezember 1921 794 000 holländische Gulden gesammelt, wovon der deutsche Anteil 75 000 Gulden (4 967 202 Mk.) betrug. Die Auslandsvertretung mit dem umfangreichen Titel macht aus 794 000 Gulden „ungefähr 3000“. Man merkt die Lust und wird nicht verstimmt. Es ist dies lediglich bolschewistische Ehrlichkeit.“

Aus aller Welt.

Ein Diebstahl-Prozess in Köln. Vor der Kölner Strafammer ging ein großer Schieberprozess zu Ende, der 14 Tage dauerte und in dem sich 37 Angeklagte zu verantworten hatten. In dem Urteil heißt es: „Stattgefundene haben Fälschungen, Wucher, Kettenhandel und unerlaubte Ein- und Ausfuhr. Die Fälschun-



Der Kampf
Weinbrand
C. W. Kemp Nachf. A. G. Stettin
Gegr. 1850.

Den Tod mit Hilfe von durch Gasmittelstempel angefertigten Ein- und Ausfuhrscheinen verübt worden. Mehrere der Angeklagten hatten gemeinschaftliche Sache gemacht und durch Schmiergeld zu ihrem Ziele zu gelangen gesucht. Es seien auch durch gefälschte Scheine ungeheure Umsätze an Lebensmitteln erzielt worden, ferner an Arzneien, Kognat, Pottasche, Anilin usw., vor allem aber an Spirit, Fleisch und Margarine. Einige der Angeklagten hätten ihre Umsätze selbst auf Millionen geschätzt. Es wurden Strafen verhängt von 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, weiter von 15, 12, 8, 6, 5 und 4 Monaten Gefängnis zuzüglich 3000 Mk. Geldstrafe sowie Strafen von je einem Monat Gefängnis und 30 000 bzw. 20 000 Mk. Geldstrafe. Im ganzen wurden 17 Angeklagte verurteilt und 20 freigesprochen.

Übermüde Winter im Riesengebirge. Ein starker Wetterrückschlag ist im Riesengebirge eingetreten. Auf dem Gebirge und im Tale schneit es. Auf dem Hochgebirge sind über 10 Zentimeter Neuschnee. Donnerstag zeigte das Thermometer auf dem Gebirge sechs Grad Kälte. — Auch in Berlin hat es Freitag geschneit.

Explosionskatastrophe in Monastir. Nach einer Meldung aus Chicago sind bei den Explosionen in Monastir bisher mindestens 1800 Personen umgekommen. Die durch Munitionsexplosion verursachte Feuersbrunst dehnte sich infolge eines starken Windes auf die ganze Stadt aus, die einem Flammenmeer gleicht. Die gesamte Bevölkerung von über 40 000 Personen ist obdachlos und flüchtete in die umliegenden Berge und Wälder. Insgesamt sind 400 Waggons Munition aller Art in die Luft geflogen. Auch ein großes Artilleriedepot explodierete. Die Dörfer der Umgebung sind vollkommen zerstört.

Das Wetter der Woche.

Von der Danenburger Wetterwarte in Wismar.

M 511 n, 20. April.

Am Witterungsbeginn der nächsten Woche (23. — 29. April einsch.) lassen sich nach unseren Ermittlungen zwei fast gleichlange, scharf von einander getrennte Perioden erkennen: eine abnorm kühle, durchweg trockene, teils wolkenlose, die erste Wochenhälfte umfassend, und eine frühlingemäßige warme, niederschlagsreiche Zeit in der zweiten Hälfte der Woche. Bestimmend für diese Witterungsperioden sind Druckverhältnisse und die daraus resultierenden Luftströmungen über Europa. Zu Beginn des neuen Zeitabschnittes (23.) finden wir im Hochdruckgebiet über N.- bis N.W.-Europa, das in einem sibirischen Ausläufer bis N.W.- und N.-Deutschland reicht und unteren Gegenden fortgesetzt tief temperierte polare Luft zuführt, wodurch die Luftströme hier trotz weitestens Sonnenscheins tief unter dem normalen Mittel gehalten wird. Bei klarem Himmel besteht im Binnenlande noch vielfach Nachtfrostgefahr. Diese für Landwirtschaft und Gartenbau sehr schädigende Wetterlage ändert sich um die Mitte der Woche ziemlich plötzlich, mit dem Herannahen eines kräftigen Tiefdruckgebietes vom Ozean im W. und dem gleichzeitigen Auftreten hohen Luftdruckes über den O. und S.O. des Erdteils, wodurch unserem Bezirk warme Luft aus den um die Jahreszeit bereits stark erwärmten Gebieten S.W. und S.-Rusland und der Balkan-Halbinsel zugeführt wird. Durch Einbruch eines mit Wasserdampf gesättigten Luftstromes aus dem Bereich der obigen atmosphärischen (organischen) Erdruna in die warme S.O.- bis S.-Atmosphäre

kommt es dann in Mittel-Europa bzw. Deutschland zu ausgedehnten Niederschlägen, besonders um den 27. und 29. April, streichweise auch zu Gewittern.

Am einzelnen: 23. April: kühl, zeitweise sonnig, besonders im W. und N., lebhaft N.O.- bis N.-Winde; meist trocken. Im S.W., S. und W. schwache Regenfälle. 24. April: kühler, starkwolkig bis trübe, böige, zurückdrehende N.W.- bis W.-Winde; vereinzelte, schwache Regenfälle bei vorherrschender Trockenheit. 25. April: tags milder, zeitweise sonnig, mäßige W.- bis S.W.-Winde. Durchweg trocken. 26. April: wärmer, wechselnd bewölkt, im S. und O. zeitweise heiter, auffrischende S.W.- und später S.O.-Winde. Bis auf den W. trocken. 27. April: zunehmend bewölkt, im O. und S. zunächst noch heiter, stark auffrischende S.O.- bis S.-Winde; warm, Temperatur erhöht. Verbreitete Regenfälle im W. und N. wie Zentrum (Hannover). Streichweise Gewitter. 28. April: warm, starkwolkig, frische bis starke S. und S.W.-Winde, ausgebeutete, öftere Regenfälle im ganzen Bezirk. Stellenweise Gewitter. 29. April: kühler, veränderlich, böige W.- und N.W.-Winde, Regenschauer.

Dr. Bahr's Zahnpulver „No. 23“

Erprobtes Mittel, um die Zähne gesund und weiß zu erhalten, Zahnsteinlösend; desinfiziert die Mundhöhle. Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta. (1012)

In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Höhere Schulen in Lübeck.

Schulanfang: Dienstag, 25. April 1922.
 Erweiterschule: 7.55 Uhr, für die Klassen 8 um 8.45 Uhr.
 Aufnahmeprüfung (im Lyceum und in der Studienanstalt) Montag, 24. April 9 Uhr.
 Lyceum am Falkenplatz: 7.55; Kl. 8 8.45 Uhr.
 Johanneum: 8 Uhr.
 Katharineum: 9 Uhr. (1015)
 Oberrealschule zum Dom: 9 Uhr, Aufnahmeprüfung Montag, 24. 4., 9 Uhr.

Kindergarten Herdringstr. 29

Anfang Mai
 geöffnet täglich von 5 1/2 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Anmeldung vom 20. April an täglich von 5—8 Uhr bei der Leiterin Fräulein Holst, Herdringstraße 29. (996)

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Der unterzeichnete Vorstand der außerordentlichen Synode fordert hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die am

Sonntag, dem 28. Mai 1922,

stattfindende Wahl zum Kirchentage auf. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 12 wahlberechtigten, in die Wählerliste eingetragenen Gemeindegliedern unterzeichnet sein. Der an erster Stelle stehende Unterzeichner gilt als Bevollmächtigter der übrigen. Jeder Wähler darf nur auf einem Wahlvorschlag unterzeichnen. Jeder Wahlvorschlag darf doppelt soviel Namen enthalten, als Mitglieder zu wählen sind. Die Wahlvorschläge sind spätestens am Sonntag, dem 7. Mai, bei dem unterzeichneten Vorstand der außerordentlichen Synode einzureichen. Bis zum 14. Mai können Wahlvorschläge ergänzt oder miteinander verbunden erklärt werden.

Lübeck, den 22. April 1922.
 Der Vorstand der außerordentlichen Synode.
 (1031) gez. Baitzer.

Danksagung.

Für die vielen Beweise mütterlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres teuren Entschlafenen (1022)

Oskar Höppner
 danken herzlich die Hinterbliebenen.

Ernst Junge

Maria Junge
 geb. Schwantuchowski
 Vermählte. (1028)
 Paderbüge, d. 22. 4. 22

Alter. Schulmädchen
 e. 2jähr. Knaben gel.
 (1055) Südrstraße 1131.

Zeitungs-Verkäufer

gesucht. Verd. 150 Mk. wöchentlich.

„Lübecker Volksbote“
 Johannisstr. 46.

219. Leute f. sof. möbl. Zim.
 Ang. u. A 110 a. d. C. (1054)

Widbl. Zimm. a. verm.
 Dortmund.
 (1029) Am Grenzwall 9

Gleiche Bettst. Stück
 500.— Mk. 1 Kommode.
 (1062) Schwarz. Allee 129,
 Verfit. Sonnt. v. 8—12

1 Bettst. zu verk. (1085)
 Stöckelsdorf, Vohlt. 52

Eine Biere mit zwei
 Kammern zu verkaufen.
 Karl Rettig, Hamb. Str. 9
 (b. Weiel. Baum). (1086)

Fertel u.
 Jugana.
 zu verk.
 Stüwe.
 Schönbd. Str. 18. (1043)

Festliegende Gladen zu
 kaufen gesucht. (1045)
 Büchse, Schmalstr. 1 p.

2 Zugänger zu verk.

(1068) Heinrichstraße 24

Zugänger z. verkaufen
 (1026) Lügowstr. 25 a

Kind- od. Klapp-Waag.
 gel. Ang. m. Nr. A 111.
 (1061)

Gef. e. Bindequitt abh.
 (1046) U. d. Wauer 39

Schwarzes Huhn entl
 (1088) Rottw. Str. 27.

Herzli. Sonntagsdienl. (1011)
 Dr. Pühmeyer, Marktstr. 13.
 Dr. Wiederrichs, Südr. 20
 Dr. Winkgrabe, Woiel. Str. 22.

Haarichmod-

Reparatur-Werkstatt
 Fleischhauerstraße 27.

Asthma

kann **geheilt** werden. Sprechstunden in Lübeck, Lindenstraße 3a (Hotel Greinaderhaus), jeden Freitag von 10 bis 1 Uhr
Dr. med. Alberts.
 Spezialarzt f. Asthmaleiden (1098)

Arbeiter-Liederbuch

für Massengesang.
 60 Pfg.
 Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Gebr. Müter

Nur Mühlenstraße 13.
 Fernsprecher 427.

Bestattungs-Institut.

Übernahme ganzer Erd- u. Feuerbestattungen von den einfachsten bis zu den vornehmsten. (1027)

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

26678 Geldgewinne i. bar

1 Million Mk.

Hauptgem. 100 000 Mk.
 80 000 Mk., 70 000 Mk.,
 60 000 Mk., 50 000 Mk.
 Ziehung 24.—26. April.
 Originallos 6 Mk.

Wihl. John.
 (1064) Schlüsselbuden 3/5

+Magertel+

Schöne volle Körperformen durch unser „Hagen“ Kaffeepulver in 6 bis 8 Wochen bis 80 Pfd. Zunahme. Garant. unübertrefflich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankbriefe. Preis Karton mit Gebr.-Zam. Mk. 20.— Porto extra.

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
 Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (1021)

Gold

broch

Silber

broch

Uhren

Gebisse

kauft zum höchsten Preis

Erichsen

Uhrmacher (1007)
 Züchergarbe 26

Reichsheimstätten-Gesetz

vom 10. Mai 1920.
 Von Dr. Beyer, Regierungsrat in Lübeck, 6 Mk.
 Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Paul Levi:
Unser Weg.
 wider den Pantheismus
 4 Mark.
 Buchhandlung
Fr. Feuer & Co.
 Johannisstraße 46.

Wanzen

louis jedes Ungeziefer-Defizit unter Garantie
Fr. Kröger, bes. d. d. Kammernjäger u. öffentl. Sachverständ. Alstr. 3
 Fernr. 1794 Radikal- mittel gegen Kopftäuse. (1000)

Charleville.

Dankte Punkte aus dem Klappenteben.
 Von Dr. W. Appens.
 Mk. 2.—
 Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Wohltätigkeits-Verlosung

zum Besten der Lübecker Altershilfe
Ziehung am 25. April 1922.

Hauptgewinne im Werte von 2000, 1500, 500, 200 Mk. ufm.

Lose à 2 Mk.

sind zu haben bei der Betriebsstelle **Herm. Kersten, Obere Südrstraße 8** und außerdem bei: (1057)

Hch. Pagels, H. Behn & Co., Arnold Berg, J. H. Pein, Ehlers & Rethwisch, Helck & Schmalitz, Schwane & Heeschen, Gebr. Bogasse, E. Hirschkorn, J. W. Niset, Albert Meincke, H. Beckendorf, Paul Rosin, bei den Lotterie-Einnahmern: H. F. Otto, J. Kollmann, Wilhelm John, in den Zigarren-Geschäften von Otto Borchert, Otto Schlamm, Hugo Becker, H. Jacobsen, A. Dimpker, Hinr. Buse, Rud. Diederichs, Pedder J. Behm, F. Erxleben, F. Langermann, J. van de Berg, Frau F. Wilken, Adolf Rührich, Carl Ross, A. Basson, Karl Kanstein, W. Diederich, H. Kock, Barneckow, R. Förster, H. Ahlert.

Frauen erwacht!

(1018)
 Haltet Euch vor „weisen Frauen“! Lest nach vergeblichem Suchen mit nutzlosen und wertlosen „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rossen über die „Verhütung der Empfängnis“ (Titelangabe hier nicht gestattet.) Es befreit Euch von Sorgen! Preis Mk. 16.— Nachnahme, Porto extra. Buchverlag Elsner, Stuttgart, 140 Schöndstr. 57 B

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen usw.

nur mit

Heitmann's Farben

Bestbewährt Größte Auswahl

Andere Farben zurückweisen

Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann, Köln & Riga

Zu beziehen durch: (1016)
 Ferd. Kayser, Drog. Lübeck, Breite Str. 81,
 Georg Knopp, Fortuna-Drogerie, Lübeck,
 E. Kruse, Kreuz-Drogerie, Lübeck,
 Apotheker Karl Mayer, Lübeck,
 Maria Meincke, Drog. z. Glocke, Lübeck,
 Karl Nicol, Drogerdhlg., Lübeck, Adierstr.

Die höchsten Tagespreise für

Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei (1007)

Selig L. Cohn,

Wahmstraße 62. Telefon 2153.

Stoffe

Trog d. enorm. Steigens noch sehr billig!
 (1088) — Solitenstraße 17, L.

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Adlershorst. Ball

Jeden Sonntag u. Donnerstag (1008)

Fußbodenöl Bohnerwachs, reine Terpentinware Stahlspähne.

„Probat“ Friedensqualität.

Strommaste im allen Farben.

Ferd. Kayser's Ölfarben sind die besten!

Alle Pinsel und Deckenbürsten, Schablonen, Abziehpapier.

Sämtl. Lacke für Haus- und Industrie-Bedarf. (1056)

Glödenießerstraße 61.

Zahle erhöhte Tagespreise für

Campen, Eisen, sämtliche Metalle, Papier, Flaschen, Felle, Haare usw.

Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (1026)

Große Wohlfabrik-Geld-Lotterie

Ziehung nächste Woche vom Montag bis Sonnabend.

Gewinne in barem Gelde:

1 x 100000 Mk. = 100000 Mk.
 1 x 80000 Mk. = 80000 Mk.
 1 x 70000 Mk. = 70000 Mk.
 1 x 60000 Mk. = 60000 Mk.
 1 x 50000 Mk. = 50000 Mk.
 1 x 40000 Mk. = 40000 Mk.
 2 x 25000, 5 x 10000, 10 x 5000, 50 x 1000, 100 x 500, 500 x 100, 1000 x 50, 25000 x 10 Mk.

Original-Lose à 6.50 Mark.
 Porto u. Liste nach auswärts 2.50 Mk. extra empfiehlt die Glückstollente

Hermann Kersten
 Lübeck, obere Südrstraße 8.
 Telefon 199 (Teichmann).
 Wölfelshaus Hamburg 40554. (1058)

Hanseatisches Autohaus

Hans Göttsche
 Lübeck, Alter Bahnhof.
 Fernspr. 280. Telegramm-Adr.: Hansauto.

Ipsi

Der Schleifstein an der Nähmaschine (D. R. P. a.)
 Paßt für alle Nähmaschinen.
 Schleift Messer und Scheren, haarscharf, entfernt Rost und poliert, ersetzt eine Messerputzmaschine und kostet nur 20.— Mk. (1084)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. S. m. b. H.

Über 2000 neue Mitglieder haben sich in den letzten 6 Monaten unserer Genossenschaft angeschlossen. Fast 100000 Einwohner von Lübeck und Umgegend werden nunmehr von uns mit Lebensmitteln und anderen Waren versorgt. (955)

Ein glänzender Beweis für unsere Leistungsfähigkeit und die beste Anerkennung für die Richtigkeit unserer gemeinnützigen Betreibungen. Die Verbraucher haben es selbst in der Hand, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern.

Was muß geschehen?

1. Sie müssen Mitglied des Konsumvereins werden!
2. Sie müssen Ihren ganzen Warenbedarf soweit nur irgend möglich bei uns decken!
3. Sie müssen Ihre Spargelder nur in unserer Sparkasse gegen gute Verzinsung anlegen!

Befolgen Sie im eigenen Interesse diese drei Punkte!

Auskunft erteilen unsere Abgabestellen.

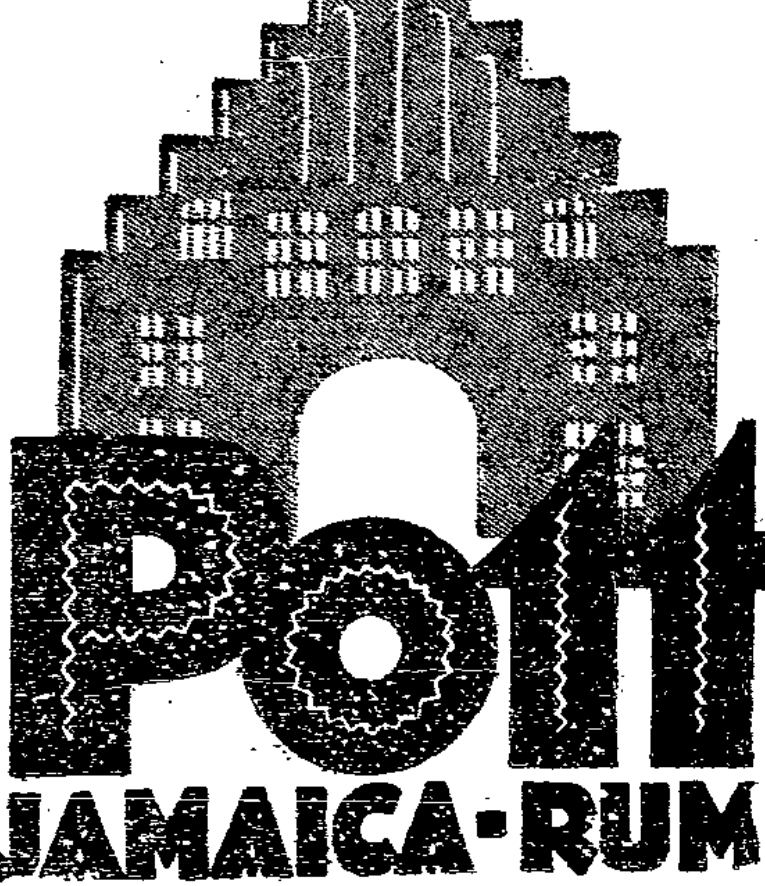
Der Vorstand.

Konkurrenzlos billig!

Herren-Anzüge Mk. 785.—, 980.—, 1050.— usw.
Eleg. Herren-Schlüpper Mk. 850.—, 995.—
Marengo Cutaway mit Weste billig.
Herren-Jackets gefüttert Mk. 195.—
Feldgrau Joppen 295.— Feldgrau Hosen 195.—
Stark-Manch.-Hosen 285.— Pil.-Hosen v. 165.— an
Gestreifte Hosen Mk. 145.—, 195.—, 295.—
Marine-Drellhosen Mk. 95.—
Posten Knab.-Anzüge aus russ. Zeltbahnstoff 165.—
Rest-Posten Knaben-Anzüge in Stoff Mk. 45.—
Frauen-Leinen-Hauskleider sehr stark Mk. 145.—
Dirndelkleider 195.— Blusen in grosser Auswahl.
Kinderkleider in grosser Auswahl v. Mk. 98.— an.
Herrenstiefel a. d. Friedensz., Gr. 44, 45, 46 Mk. 150.—
Rindbox Ia. Herr.-Stiefel m. Waschl.-Brands. 450.—
Prima braune Herren-Stiefel Mk. 625.—
Arbeiter-Schnürstiefel Mk. 195.—
Post. dunkle Parchend-Hemden 79.— Handtuch-
Gerstenkorn Mtr. 19.50. Andere Meierwaren billig.
Inletts, Bettfedern sehr preiswert. 1089

Kaufhaus **Franz Wehrendt**, Balanertohr 35.

DER GUTE



POIT JAMAICA-RUM

Vertreter: **Rudolf Pohn, Lübeck**,
Mensstraße 46. (1014)

Bruchbänder
Leibbinden
Verbandstoffe
Brillen

liefert für alle Krankenkassen

J. A. C. Dettmann

Königsstrasse 84/86, Ecke Wahnstraße 20. (1082)

Kauf jeden kleinen
und großen Posten
**Rhein-
Mosel- u.
Rotwein-
Flaschen.**

Zahlte hohe Preise,
werden auf Wunsch ab-
geholt. Wemherdung
1040) **W. Rahfath**,
Hauptstr. 118 Tel. 687

Konzerthaus Flora
Sonntag: **Großer Ball**
(1009) Anfang 5 Uhr.

Konzerthaus Lübeck.

Sonntag, 23. April

Großer Ball.

Beginn 6 Uhr. (1041)

Zentralhallen.
Morgen Sonntag: (930)
Großes Tanzkränzchen.

Kolosseum

Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 1/2 Uhr.
Heinrich Ohde.
(1065)

Konzerthaus Flora.

Morgen Sonntag:

Großer Ball

Anfang 5 Uhr. (1066)

Eintritt Herren 4.— Mk. } ohne Steuer.
Damen 2.— }

Malfeier-Komitee!

Dienstag, d. 25., abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

NB. Die Vereine und Gewerkschaften werden
darauf aufmerksam gemacht, daß die Malfeier
in dieser Sitzung stattfindet. Anmeldebücher bis
Dienstag abends 7 Uhr im Parteisekretariat. (1024)

Deutscher Transportarbeiter-Verein.
Ortsverwaltung Lübeck.

**Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung**

am Montag, d. 24. April, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

- Tages-Ordnung:
1. Quartalsabrechnung.
 2. Berichte vom Ortsauschuß.
 3. Aufstellung eines Kandidaten zum
Gewerkschafts-Kongress.
- Vorstandsmitglieder 7 Uhr im Bureau.
(1049) Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband
der Zimmerer.**
Bezirk Lübeck.

**Versammlung
der
Platzbelegten**
am Montag, dem 24. April
abends 7 1/2 Uhr
in der Zimmerherberge,
Hundestraße 101.
(1044) Der Vorstand.

**Zentralverband
der Angestellten.**
Ortsgruppe Lübeck.
Fachgruppen Kleinhan-
del u. Genossenschafts-
angestellte. (1082)

Versammlung
am Montag, dem 24. April
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Der Schiedsspruch des
Schlichtungsausschusses.

**Chor-
verein
Lübeck.**

**General-
Versammlung**
am Dienstag, dem 25. April
abends 7 1/2 Uhr
bei Lender, Wandstraße 41.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1.
Quartal 1922.
2. Abrechnung vom
Wasserkreis.
3. Bericht von der Be-
auftragten.
4. Unter Sommerfest.
5. Ausflug.
6. Anschließung an das Ar-
beiter-Sportfest.
7. Malfeier.
8. Innere Vereinsange-
legenheiten.
Um zahlreiches Er-
scheinen ersucht
(1048) Der Vorstand.

**Freier
Wasser-
Sport-Verein
in Lübeck.**

**General-
Versammlung**
am Montag, dem 24. April
abends 8 Uhr,
bei Friedr. Lender,
Hundestr. 41.
Wichtige Tagesordnung.
Erscheinen dringend er-
forderlich. (1047)
Der Vorstand.

**Fahnen und Banner
Vereinsbedarfsartikel.**
Kostenanschläge
ohne Verpflichtung.
A. Krwahl,
Stettin 18. (1018)

**Gasthof
zum Riesebusch**
Sonntag, 23. April
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 6 Uhr.
(1089) Fnh. H. Maske.

**Eindenhof
Israelsdorf.**
Morgen Sonntag:
In den Veranden
Konzert b. freiem Eintritt
von 4—7 Uhr nachm.
Im Saal: (1002)
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
Tel. 1910. Victor Klumpen.

**Erster
Tischerbuden.**
Jeden Sonntag:
Familien-Kränzchen.
(1000)

**Friedrich-
Franz-
Halle.**

Sonntag, den 23. April:
Gr. Bodbeerfest.
Anfang 4 Uhr. (1058)
Eintritt frei.

Sonabend, d. 29. April:
Großer Ball

Trocadero
Schüsselbuden 4.
Tel. 787. (1051)

T ä g l i c h
die hellesten
**Weberus-
Konzerte.**

Hansatheater.
Heute Sonnabend
8 Uhr:
Czaradasfürstin.
Sonntag und Montag
8 Uhr: (1026)
Der Tanz ins Glück.

Dienstag 8 Uhr:
Ehrenabend für
Reinhold Wolf
Bis früh um fünf.

Stadttheater Lübeck
Somab., 22. April, 7.30:
**Der Trompeter von
Säckingen.**
17. Vorl. i. Sonnab.-A.
Sonntag, 23. April 11 U.
Gedächtnisfeier für
Josef Liszewski zu
Gunsten der Hinter-
bliebenen. Preise 30.—,
20.—, 10.—. (1028)
2.80 Uhr: 16. Vorl. f.
b. Arb.-Bildungsverein
Die verfunf. Glocke.
Karten a. d. Theaterl.
7.80 Uhr: Aida.
Montag, 24. April, 7.30:
19. Volkst. Konzert.
Dienstag, 25. April, 7.30:
Beatrice u. Benschitt.
Oper von Verlov.
Darauf: **Tanzkränzchen.**
26. Ab.-Vorl. Hoff. C.

Gewerkschaftshaus

Morgen Sonntag:

Großer Ball.

Molsinger Bauer.

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:

Vornehmes Tanzkränzchen.

Antritt der jugendlichen temperamentvollen
Sängerinnen Gretel von Walden, sowie
des Harmonisten Hermann Waron.
Moderne Tänze. Künstler-Kapelle.
Red. Jäde. (1066)

Luisenlust Jeden
Sonntag **BALL**
Eintritt u. Tanz frei. (1010)

Konzerthaus Lübeck.

4 Uhr nachm. Sonntag, den 30. April 4 Uhr
nachm. (1001)

Frühlingsfest

anlässlich Gründung der
Lübecker Boxschule.
Konzert — Tanz im Freien und
Saal — Sportliche Beustigungen
u. Ueberraschungen aller Art.
Schaukämpfe — Boxkämpfe
mit verbundenen Augen, jejunonell,
aufsehensregend und beizwingend.
Schauspiel 8 U. 6.— uil. S. u. u.
Alles Nähere siehe Schaulprogramm.

UT
Licht-
spiel

Heute vollständig
neues Programm.

Das große **Kochenspektakel.**

6. und letzter Teil des großen
amerik. Ernährungsfilms.

Der **Reiniger** menschlicher
und tierischer Körper!

Die Stimmen der Wälder.

St. Schanuel in 7 Akten mit
Geraldine Farrar.
Das **Erstzweifchen.**

Kulturspiel in 3 Akten. (1067)

**Lübeckisches Sinfonie- und
Stadttheater-Orchester.**

**Letztes volkstümliches
Konzert**

(Das dritte und in künstlerischem Akte)
am Samstag, d. 28. April, 7 1/2 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**

Eintritt 2.50 inkl. Kaffeestellung 6 1/2 Uhr.
Vorverkauf bei Besser, Bedergasse 49,
im Konzertsaal, im Gewerkschaftshaus,
bei Basse, gegenüber Kaaschstr. (1068)